

# Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 50 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementoppreis bei der Post 80 P., in Portieren direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 26. September 1891.

Inserate die vierseitige Zeitung über deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

**Unsere Filial-Expeditionen**  
ersuchen wir um umgehende Mittheilung, wie viel Exemplare unseres Blattes sie von nächster Nummer ab benötigen, damit wir die Auflage rechtzeitig feststellen können.

## Die Expedition.

**Aber Arbeiterausschüsse**  
bringt „Schädel und Eisen“ einen Aufschluß, der den Humbug, welcher mit diesen Arbeitervertretungen in neuerer Zeit getrieben wird, sehr wahr kennzeichnet. Es heißt da:

Bei dem Bergarbeiterstreit 1890 zeigte es sich, daß die Bergwerksbesitzer und ihre Beamten jegliche engste Fühlung mit ihren Arbeitern verloren hatten, selbst da, wo sie zur Stütze der eigenen Herrschaft und um gegen Überraschungen geschützt zu sein, auf eine gewisse Kenntnis der Stimmungen und Bestrebungen unter ihren Arbeitern angewiesen waren.

In anderen Betrieben hatte sich schon längst die Unmöglichkeit herausgestellt, ohne Buziehung von Arbeitern manche Anordnung durchzuführen und manche Einrichtung mit der vom Unternehmer gewünschten Wirkung zu schaffen, und so waren hier schon längst Arbeiterräthe, Altestenkollegien, Fabrikausschüsse und ähnliches gebildet worden. Für die preußischen staatlichen Gruben und Werkstätten empfahl sie bekanntlich die Rede des Kaisers vor dem preußischen Staatsrat. König Stumm und die Kölnische Zeitung traten offen gegen diese Neuerung auf. Es war das dieselbe Kölnische Zeitung, welcher später Allerhöchst dessen Gnade zu erkennen gegeben wurde, weil dieselbe die Reden des Königs Stumm nicht gescheidet wiedergegeben hatte, als sie der Fabrik gewaltige von Neunkirchen gehalten hatte! Herr Oechelhäuser und andere Großindustrielle priesen gar bald die Arbeiterausschüsse als Universalmittel. Und wie es so geht, wenn man sich um etwas streitet: die Arbeiterausschüsse, von denen man sonst wenig Aufhebens gemacht haben würde, erschienen mit einem Male als etwas Bedeutungsvolles, so daß der Verein für Sozialpolitik es sogar für geboten hielt, ihnen einen eigenen Band seiner Schriften mit „Gutachten, Berichten und Statuten“ zu widmen.\*)

Man er sieht aus jener Schrift, daß die gewünschte Einrichtung in einer ganzen Reihe deutscher Fabriken schon in Wirklichkeit getreten war, und zwar fast immer zur vollen Zufriedenheit der Unternehmer. Schon das ist geeignet, etwas stutzig zu machen, und wenn man näher zusieht, so zeigen die bereits geschaffenen Arbeitervertretungen in der Tat ein recht bedenklich erregendes Aussehen.

Zunächst dürfen in ihnen meistens nur Arbeiter sitzen, die viele Jahre, ja oft mindestens zehn Jahre der betreffenden Unternehmung angehörten. Es läßt sich

leicht denken, daß ein so langes Bleiben in derselben Stellung weniger auf Tüchtigkeit in der Vertretung von Arbeiterinteressen wie auf fügsames Schwiegen in alle Launen des Unternehmers schließen läßt. Schon hierdurch wird der Werth dieser Vertretung für die Arbeiter wesentlich geschmälert.

Ferner sind die Verhandlungen der Arbeiterausschüsse fast immer dem übermächtigen Einfluß des Unternehmers preisgegeben. Die Fabrikleiter oder der Grubenbesitzer hat entweder den Vorsitz oder er betraut einen seiner Beamten damit, vielfach ernennt er auch aus eigener Machtvolkommenheit einen Theil des Ausschusses. Die Firma D. Peters in Neviges-Elberfeld erneut bescheidener Weise die Hälfte der Mitglieder des „Altestenrats“, stellt auch noch den Vorsitzenden und läßt dann großmuthig die absolute Majorität und bei Stimmenungleichheit den Vorsitzenden entscheiden; die Liegnitzer Firma Beer u. Co. läßt drei Mitglieder des „Entgungsamtes“ von den Arbeitern wählen, dazu treten dann die Chefs der Firma, von denen einer den Vorsitz führt, und der Werkführer — so daß vollends jede Selbstständigkeit der Entscheidungen solcher Körperstaaten aufhört.

Weiter gehen die Befugnisse der letzteren vielfach über bloße Begutachtungen nicht hinaus. Der verehrte Herr Chef weiß in den eigentlichen Arbeitsverhältnissen oft wenig Bescheid, er ist als Großkapitalist ganz losgelöst von dem ganzen sachlich-persönlichen Produktionsapparat (von den Arbeitern und den durch sie bedienten Maschinen). So kommt es, daß er einfach gezwungen ist, über viele Maßnahmen die direkt Beteiligten erst zu hören, wenn nicht die unpraktischsten und undurchführbarsten Vorschriften herauskommen sollen, Vorschriften, welche für Niemanden schädlicher sein würden, als für ihn selbst. Wo die Ausschüsse aus eigenem Antriebe etwas verhandeln, haben ihre Beschlüsse nur die Bedeutung von unmäßigen Vorschlägen, deren Annahme oder Ablehnung in der Hand des Chefs liegt. Natürlich ersparen ihm auch diese Vorschläge manche Dummheit, die er sonst vielleicht in seiner Isolierung (bequeme Abgeschiedenheit von den Arbeitern) begangen hätte. „Die Repräsentationsverfassung“ — schreibt Herr Kommerzienrat Peters — „führt nicht zu einer Erschwerung der Stellung eines Fabrikbesitzers, sondern eher zur Erminderung. Der Vorstand erspart ihm viel Ärger und viel Unräiterei; er überhebt ihn eines großen Theiles seiner Verantwortlichkeit, der Mühe langer Untersuchungen.“

Nur auf verhältnismäßig neutralen Gebieten, oder auch, wo sie geradezu gegen die Arbeiter verwendbar wird, ist der Arbeitervertretung mitunter ein größerer Spielraum eingeräumt.

So hat sie in einigen gewerblichen Anlagen die Lehrlinge freizusprechen und den Meisterstitel zu verleihen. Das ist im allgemeinen ein recht haraloser Spaß,

der, aus guter alter Zeit vererbt, mit den Fortschritten der Technik von selber verschwindet.

Weniger angenehm ist es schon, wenn der Ausschuß die Lehrlinge auch in ihrer „sittlichen Führung“ überwachen soll, sie wegen Kneiperei und Tanzvergnügen bestrafen und ihnen unter bestimmten Voraussetzungen den Lohn kürzen oder — wenn auch zu Gunsten der Eltern — ganz entziehen soll. Derartige Befugnisse werden immer zu Übergriffen führen und ihre Ausübung im Dienste und im Interesse der Unternehmer verleiht ihnen vollends einen gehässigen Charakter.

Diese gehässige Seite tritt besonders dann hervor, wenn — wie in der schlesischen Marienhütte — „Ungehörigkeiten und Ungehörlichkeit“ der Lehrlinge vom Altestenkollegium gar mit Verlängerung der Lehrzeit bestraft werden sollen. Man denke, eine Arbeitervertretung, die dafür Sorge trägt, daß dem Unternehmer mehr unbezahlte Arbeit wie früher zur Verfügung gestellt wird!

Aber es kommt noch besser: die Arbeitervertreter haben auch den erwachsenen Kollegen gegenüber Wohlfahrts- und Sittenpolizei — im Sinne des Unternehmers natürlich — zu spielen. So hat man sie in vielen Fällen seitens der Arbeiter um den Heiratskonsens zu bitten, und sie haben ihn im Falle der Mittellosigkeit beider Theile zu verweigern, „damit leichtsinnige Ehen vermieden werden“. Nur Meister dürfen in der Wächtersbacher Steinzeugfabrik ohne Genehmigung des Ausschusses eine Ehe eingehen. „Mit dem Freisprechen zum Meister wird das Anerkenntnis der Kameraden ausgedrückt, daß jemand reif sei, für sich selbst und für die anderen als Mann einzustehen.“

Wenn nun zu irgend einer Handlung die Reife gehört, so ist es zur Begründung einer Familie. Die Altesten haben daher beschlossen, daß als Fabrikangehöriger keiner heirathen dürfe, der nicht zum Meister gesprochen sei. Will sich jemand an diese vorsorgliche Bestimmung nicht füren, sondern einen Hausstand gründen, bevor die Altesten seiner Abtheilung ihn durch Freisprechung dazu nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten, sowie seines Verdienstes für fertig und geeignet erkannt haben, so muß er eben aus unserer Arbeitsgenossenschaft ausscheiden.

In einer Arbeitsgenossenschaft, welche sich gegenseitig die wesentlichsten Dienste zu leisten hat, namentlich auch in Fällen der Not, ist die Aufrichtung fester Schranken durch freie Vereinbarung nötig. Die Gestaltung, daß jeder schon im jugendlichen Alter außerhalb der Werkstatt thue und treibe, was er wolle, die schwerwiegendsten Verpflichtungen eingehe, den Ruf der Arbeitsgenossenschaft schädige oder ihre Opferwilligkeit und Hilfsbereitschaft nach Belieben belaste, halten wir nicht für Freiheit, sondern für Bürgelsgkeit.“

Lehrlich schreibt Herr Director Schlüter von der Schlesischen Marienhütte: „Wie leichtsinnig werden oft Ehen geschlossen. Der Mann, kaum mehr als zwanzig

Jahre alt, unerfahren, in völliger Unkenntnis der Ehe, der Pflichten, die durch sie übernommen, nun auch der Ernährer einer Familie zu sein; daß Mädchen, mangelhaft im Haus erzogen, im Fabrikbetrieb beschäftigt gewesen, ohne Kenntnis dessen, was zur Führung eines Hauses gehörte; beide nicht nur ohne einen Pfennig, der Mann auch noch verschuldet, so daß er, um die Kosten der Trauung und einer, wenn auch bescheidenen Hochzeitsfeier zu bestreiten, erneut Schulden machen muß; — da ist es eine erste Pflicht des Arbeitgebers, dem jungen Mann, nach genauer sachlicher Prüfung seiner Verhältnisse durch die Altesten, in geeigneter Weise zu bedeuten, daß der beabsichtigte Schritt besser etwas später geschehe. Ohne die Verweigerung des Konsenses füllt jetzt als eine Beschränkung der persönlichen Freiheit anzufassen, hat mancher junge Mann willig das „Später“ angenommen und dankbar des Einspruchs gedacht.“

Doch ist den arbeiterfreundlichen Chefs mit diesem Erfolg noch nicht genügt. Vielfach haben die Ausschüsse wahre Spieldienste zu leisten. So heißt es in dem Statut der Marienhütte:

„Das Altestenkollegium hat die Pflicht, über die Ordnung innerhalb und außerhalb der Hütte zu wachen.“

„Jeder Arbeiter, welcher der Hütte angehört, soll sich eines unbescholtener Rufes erfreuen; neue Mitglieder, welche sich vorher irgend eines Vergehens schuldig gemacht haben, sollen nur nach vorheriger Beschlüßfassung des Altestenkollegiums aufgenommen werden.“

„Jeder Arbeiter ist berechtigt und verpflichtet, innerhalb oder außerhalb des Werkes vorgekommene Unzuträglichkeiten, welche dem guten Rufe der Gemeinsamkeit nachtheilig werden könnten, dem Altestenkollegium zur Anzeige zu bringen und Beschlüßfassung darüber zu verlangen.“

Die Norder Eisenhütte (Provinz Hannover) hat ähnliche Bestimmungen; die Altesten haben über die Ordnung innerhalb und außerhalb des Werkes zu wachen und Ungehörigkeiten bei der Werkverwaltung „zur Bestrafung anzumelden“; die Arbeiter wiederum sind verpflichtet, „Verstöße gegen die Ordnung innerhalb und außerhalb des Werkes, die dem Ansehen des Werkes und seiner Angehörigen nachtheilig sein können, dem Altestenausschuß anzuzeigen.“ Der Altestenrat von Peter-Neviges hat die Aufgabe, die Veruntreuung und Vergeudung von Rohstoffen zu verhindern.

In der mechanischen Weberei von F. Brandis in München-Gladbach ist diese Art „sittlicher Erziehung in der Fabrik“ in ein förmliches System gebracht. „Unsere Arbeiter im Großen und Ganzen besitzen noch sittlichen Ernst. Der vererbliche Einfluß geht immer von einzelnen aus, die es dann aber auch oft zu einer Brutalität der Korruption (hoher Grad von Schlechtigkeit) gebracht haben, die furchtbar, wahrhaft teuflisch ist . . . und leider ist es ja auch Erfahrungsgesetz, daß die

\* Arbeiterausschüsse in der deutschen Industrie. Herausgegeben im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik von Prof. Dr. Max Sering. Leipzig 1890. 176 Seiten.

Guten, die Konservativen, nie die Energie und Thätigkeit entwickeln, als die bösen. Dem gegenüber kann man sagen, daß die Schaffung und Heranziehung eines Arbeitervorstandes („Vorsteckenkollegium“) eine „Mobilisierung“, eine Organisierung der Guten“ bedeutet. . . Eine Organisierung (Zusammenfassung) der Guten, eine Isolierung (Absonderung, Rätselstellung) der schlechten Elemente; das ist ja doch die ganze Aufgabe zu einer sittlichen Regeneration (Wiedergeburt, Hebung) der Fabrik. . . Es war ja nicht zum ersten Male, daß ein Revolutionär in Amt und Würde konservativ geworden wäre, und zwar von ganzer Seele. . . Außerdem wirkt eine Vorschrift über kluge, die von selbstgewählten Standesgenossen, vom Arbeitervorstand oder einem seiner Mitglieder ausgeht, viel tiefer und nachhaltiger, als eine solche vom Herrn oder gar Beamten. . . Ethische Forderungen (!), die andere Fabriken kaum zu stellen wagen, gelten hier als selbstverständlich, werden ohne die geringste Schwierigkeit stets erfüllt (ausgeführt), ohne auf Opposition (Widerspruch) zu stoßen — Dank dem Arbeitervorstand.“

In der Porzellanfabrik von Hutschenreuter in Selb in Bayern hat der „Personalausschuß“ sogar darüber zu wachen, daß die Arbeiter in den Arbeitslositäten keine Bücher oder Zeitungen lesen und anderen „ungeeigneten“ Beschäftigungen sich einen Augenblick hingeben. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft in Dessau und Berlin thieilt durch ihren Direktor Blum schmunzelnd mit, daß sie mit dem Arbeiter-Ausschuß einen großen Erfolg erzielt habe: „Wir machen die besten Erfahrungen bei der drohenden Gelegenheit des 1. Mai. Es sind Agitatoren auf Wunsch des Arbeiterausschusses schon vor längerer Zeit entfernt worden, und wir können konstatieren, daß solche Arbeiter, die nicht erschienen waren und sich frank meldeten, auf Wunsch des Arbeiterausschusses nachträglich entlassen werden mußten, nachdem sich herausgestellt hatte, daß sie diese Krankheit nur vorgespielt. Wir haben auf die sittliche Hebung des ganzen Arbeiterstandes eine vorzügliche Einwirkung konstatiren können.“

Überhaupt röhnen die meisten Berichte an den Verein für Sozialpolitik den Arbeiterausschüssen nach, daß sie die Disziplin erleichtern, den Arbeiter williger und unterwürfiger machen. Die Verwaltung der schlesischen Marienhütte hat „einen großen Theil der ihr zustehenden Gerichtsbarkeit an das Vorsteckenkollegium abgetreten, aber dies hat keineswegs die Disziplin zu lockern vermocht, es hat im Gegentheil offen erkennbar Disziplin und Ordnung befestigt.“ Auch Herr Brandis-M.-Glaßbach schreibt, daß ohne daß Vorsteckenkollegium manche Einrichtung, „speziell auch im Interesse der Disziplin,“ nur mit vielen größeren Schwierigkeiten hätte durchgeführt werden können. Herr Kommerzienrat Peter Busch, Inhaber der Firma J. A. Lindgens Erben, Hochneukirch bei M.-Glaßbach, meldet ebenfalls: „Dem Urtheil des Arbeitervorstandes unterwerfen sich die Arbeiter stets durchaus bereitwillig, selbst diejenigen, welche früher gegen Strafen — durch mich oder meine Beamten ausgesprochen — die heftigste Opposition machten.“ Der Direktor der Fürstlich Isenburg-Württembacher Steingutfabrik zu Schlierbach (Hessen-Nassau) referirt: „Der Fabrikleiter ist nicht mehr absoluter, sondern konstitutioneller Monarch in allen Dingen. Wissend, daß anständige Arbeiter auch die besten sind oder wenigstens die zuverlässigsten, überträgt er solchen Leuten selbst die Polizei über ihre Kameraden. Sobald die Leute mitregieren, sind sie erfahrungsgemäß konservativer und strenger wie wir selbst, sie sind mißtrauisch gegen Neuerer und Schwächer, sie lassen Ständer und Heger nicht aufkommen.“ Nach dem

dortigen Statut ist es die Aufgabe der Vorstecken insbesondere, jede Benachtheiligung und Störung des Betriebes zu verhindern, den Ehreiz bester Arbeitsleistungen und besten Rufes zu wecken, sowie die Erhaltung und Hebung religiösen patriotischen Sinnes zu fördern. Auch Herr Möller von der Wächtersbacher Steingutfabrik gesteht zu, daß das Urtheil der Vorstecken in Streitfällen ein strengeres sei, als er es gefällt haben würde.

Neben der Aufgabe, die Polizei führen Unternehmer auszuüben und das Odium einer harten Herrschaft von ihm abzulenken, haben die Arbeitervertreter schließlich noch mancherlei Kassen zu verwalten, wie sie heute mit vielen Betrieben verbunden sind: Krankengelde, Invalidenunterstützungen, Darlehen oder Geschenke aus Notstandskassen zu bestimmen; für Fabrikäulen und Kantinen einzukaufen und Rechnung zu führen, Konsumvereine und Sparkassen zu leiten und was man ihnen sonst noch an Arbeiten aufhelft, die andererfalls dem Besitzer oder seinen Beamten zufallen würden und die, wie man weiß, sammt und sonders den Zweck haben, die Arbeiter an das Etablissement zu fesseln oder die Kosten für den Lebensunterhalt und schließlich den Lohn herabzudrücken.

Wir haben damit ein Bild bessern erhalten, was die Arbeiterausschüsse heute sind. Sie sind theils harmlose berathende Abverschäften, wo ohne Ihren Beistand der Unternehmer vielleicht oftmals ratlos sein würde; und sie sind andererseits eine Beihilfe, um dem Kapital geistige und billige Arbeitskräfte zu sichern, die Arbeiter zu überwachen, auszuspionieren — im Interesse des Unternehmers.

## Aus England.

### Der Gewerkschafts-Kongress in Newcastle-upon-Tyne.

Der 24. Gewerkschafts-Kongress hat vom 7. bis 12. September getagt und wie alle früheren Kongresse viele Resolutionen angenommen, welche gewissermaßen das politische Programm der nichtpolitischen Trade Unions für das nächste Jahr bilden werden. Da eine politische Arbeiterpartei in England noch nicht gebildet ist, so bleibt als einziger Weg offen, um die gefassten Beschlüsse zur Annahme seitens des Parlaments zu bringen, daß die von den Trade Unions direkt gewählten Vertreter dieselben im Parlament vorbringen, und daß Gewerkschaften, die in einem Orte durch ihre große Mitgliedschaft besonderen Einfluß besitzen, einen Druck auf ihren gewählten Vertreter ausüben. Einiges Weiteres können die Gewerkschaften nicht thun, um ihre Beschlüsse zur Geltung zu bringen.

Was Zahlen anbetrifft, so war dieser Kongress der größte, der je abgehalten worden. 552 Delegierte waren von 177 Gewerkschaften und 44 Gewerkschaftsräthen gesandt, welche zusammen 1,302,855 Mitglieder repräsentirten.

Zwei Parteien waren auf dem Kongress vertreten; die der alten Trade Unions, welche fest der Meinung sind, daß sie durch ihre Organisation alles was nötig ist erreichen können, und die der neuen Trade Unions, welche zur Überzeugung gelangt sind, daß der Staat als Mittel benutzt werden muß, um bessere ökonomische Zustände zu schaffen. Durch diese Meinungsverschiedenheit entstand denn auch schon am zweiten Tage ein Kampf um die Abstimmungsmethode. Die alten Gewerkschaften, mit ihrer großen Mitgliederzahl, verlangten Abstimmung durch Karten, wodurch die Abstimmung ihrer Delegierten als die der gesamten Mitgliedschaft ihrer Gewerkschaft gelten sollte, während die neuen Gewerkschaften demokratischen Grundsatz vertraten — ein Mann, eine Stimme.

Mit Bezug auf den Achtstundentag wurde nach zweitägiger Diskussion eine Resolution angenommen, daß eine die Arbeitszeit regulirende Gesetzgebung für alle Gewerbe und Beschäftigungen erzwungen werden soll, wenn nicht die Majorität der in einem Gewerbe organisierten Arbeiter durch allgemeine Abstimmung hiergegen protestiert.“

Mit Bezug auf die Fabrikgesetzgebung wurden die folgenden Beschlüsse gefasst: Nach der Meinung dieses Kongresses kann kein Fabrik- und Werkstattgesetz befriedigend sein, welches seine Fürsorge nicht auf Wäschereien, Hansindustrien und alle Gewerbe erstreckt, in welchen Frauen und Kinder beschäftigt werden; welches das Alter der beschäftigten Kinder nicht auf 12 Jahre fixirt; eine gründliche ärztliche Untersuchung anordnet; den Fabrikinspektoren volle Machtbefugniß gibt, genügenden Raum für jeden Arbeiter zu erzielen und gleichfalls Kleinlichkeit des Arbeitsplatzes.“ — Das Parlaments-Komitee dieses Kongresses wurde beauftragt, die Ausführung dieses Beschlusses zu erwirken.

Als ferner Zusätze hierzu wurden angenommen, daß in jedem Industrie-Zentrum ein Fabrikinspektor angestellt und ein Bureau errichtet werde; daß unter Haushaltspflege jeder Platz verstanden werden soll, in welchem eine oder mehrere Personen für Lohn arbeiten; daß die temporären Werkstätten, welche beim Bau von Häusern u. s. w. auf dem Bauplatz errichtet werden, gleichfalls unter die Kontrolle der Fabrikinspektoren gebracht werden; und daß das Alter der zu beschäftigenden Kinder auf 18 Jahre erhöht werde.

Zahlung von Diensten an Parlamentsmitglieder. Folgender Beschluß wurde hierzu gefasst: „Dieser Kongress begrüßt mit Genugthuung, daß 36 Arbeitervertreter in das Parlament von Neu-Süd-Wales gewählt worden sind, welche für ihre Dienste vom Staat bezahlt werden, und daß die Zeit gekommen ist, wo die Arbeiterklasse dieses Landes besser im Parlament vertreten sein sollte. Dieser Kongress beauftragt daher das parlamentarische Komitee, die Regierung aufzufordern, ein Gesetz zu machen, welches für Zahlung der Parlamentsmitglieder sorgt.“ Als ein Zusatz hierzu wurde angenommen, daß Zahlung auch für Vertreter in Gemeindebürgerschaften erwünscht werden sollte.

Der Kongress sprach sich ferner für Ausdehnung und Verschärfung des Haftpflichtgesetzes aus. Es wurde erwähnt, daß im vergangenen Jahre 389 Fälle von den Gerichten entschieden wurden, und nur in 109 Fällen Entschädigung im Gesamtbetrag von 8678 Pfund Sterling gezahlt worden sei; daß bei dem Bau des Manchester Schiffkanals 500 Arbeiter getötet seien und nicht in einem einzigen Falle Entschädigung gezahlt worden sei.

Nach langer und lebhafter Debatte wurde dann beschlossen, dem Parlamente ein Gesetz vorzulegen, welches die Arbeitszeit für Bergleute auf acht Stunden festsetzt. Die Opposition gegen dieses Gesetz ging natürlich von den alten Gewerkschaften aus, welche durchaus nichts mittels Gesetz oder Staat erreichen wollen.

Als weitere Punkte, die diskutirt und angenommen wurden, mögen noch erwähnt werden: Schutz der Fischer, die Stellung von Wäschereien unter die Kontrolle der Fabrikinspektoren, das Verbot der Abgabe von Kontrakten an Sub-Kontraktoren, Eisenbahns-Inspektion und Regierungs-Kontrakte. Alle diese Punkte sind jedoch im Prinzip schon in den angeführten Resolutionen inbegriffen.

Als Ort für den nächsten Kongress wurde Glasgow gewählt.

## Entwicklung der Fabriksarbeit in der Schweiz.

Der bekannte schweizerische Fabrik-Inspektor Dr. Schuler kommt in seinen Untersuchungen über die Entwicklung in der Schweiz zu folgendem Ergebnis:

1) Die Kinderarbeit nimmt stetig ab. In der gesamten Textilindustrie, in der Tabak-, Papier- und Uhren-Industrie, in der Ziegelerei tritt diese Abnahme mit aller Deutlichkeit zu Tage. Sie ist zu einer Zeit eingetreten, wo sie nicht mehr durch die Wirkungen des Kinderarbeit beschränkenden Fabrikgesetzes erklärt werden konnte, da diese schon seit 1878 bis 1879 zur vollen Entwicklung gelangt waren.

2) Die Frauenarbeit hat sich in der Weise erhoben, daß in den für Frauen, beziehungsweise erwachsene, weibliche Personen unerwünschten Industriezweigen, deren Beschäftigung immer seltener geworden ist (Holz-, Metall-, Maschinenindustrie, Ziegelerei) während sie in manchen für sie passenden (Baumwoll-, Textilindustrie, Schiffslusterei) zunommen hat.

3) Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Männer hat eine relative Zunahme erfahren, und zum Theil die abnehmende Kinderarbeit, allerdings bei anderer Organisation des Betriebes, ergibt (Baumwollspinnerei, Gerberei, Zündholz- und Papierfabrik, Holz- und Metallbearbeitung, Ziegelerei). Es geschah dies namentlich bei Arbeiten, deren Ausführung mehr Kraft und Intelligenz als früher erforderlich, was vor Allem bei intensivem Maschinenbetrieb vorkommt.

4) Daß diese vermehrte Anwendung des Maschinenbetriebes in allen Industrien sich geltend macht, geht aus der relativen Zunahme der Zahl der mit Motoren arbeitenden Etablissements, wie aus dem Steigen der auf den einzelnen Arbeiter im Durchschnitt entfallenden Betriebskraft hervor (1882 441 Pferdekräfte auf 1000 Arbeiter, 1888 518 Pferdekräfte).

5) Die immer allgemeinere Einführung von Dampfmaschinen, Gasmotoren, und nicht zum mindesten auch die elektrische Übertragung entfernt gelegener Betriebskräfte läßt annehmen, daß dieser Prozeß der allmählichen Verminderung der Kinderarbeit und Beschränkung der Frauenarbeit auf geeignete Zweige seinen weiteren Fortgang nehmen werde.

Der Entwicklungsgang, den die Industrie unter der Einwirkung der Arbeitsschutzgesetzgebung nehmen soll, hat zum Theile, die Kinder von der Fabrikarbeit auszuschließen und die Frau der Haushaltung zurückzugeben, während sie den männlichen Arbeitskräften durch möglichst günstige Gestaltung der Arbeitsbedingungen in hygienischer und wirtschaftlicher Beziehung eine den sozialen und politischen Anforderungen der Gegenwart entsprechende Existenz sichern soll.

## Die Werkstätten.

Der Innungen größter Schmerz ist es, daß sie von den öffentlichen Gewalten durchaus nicht immer für so wichtig angesehen werden, wie sie sich selbst gerne ausspielen. Die Prävention der Innungen geht bekanntlich vornehmlich mit dahin, daß sie bei Vergebung öffentlicher Arbeiten immer in erster Linie zu berücksichtigen seien, indem nur sie allein die Garantie dafür böten, daß gute Arbeit geliefert werde. Die Behörden scheinen aber doch nicht immer dieser Ansicht zu huldigen, wie aus einem Schmerzensschild in der „Illust. Ztg. für Blechindustrie“ hervorgeht; es heißt dort:

Wie die Behörden die Innungen unterstützen wird durch nachstehendes, in Nr. 199 der „Bittauer Nachrichten“ vom 28. August d. J. enthaltenes „Eingesandt“ der Bittauer Klempner-Zunft in recht frappanter Weise illustriert: „Eingesandt. Die sämtlichen Klempnerarbeiten am neuen

Schulhause, von denen auf Verlangen des städtischen Bauamtes durch einen hiesigen Innungsmeister Probestücke angefertigt wurden und zur Ansicht auslagen, haben bei allen konkurrierenden Klempnermeistern, als Fachleuten, die Überzeugung hervorgerufen, daß diese vorgeschriebenen Arbeiten durchweg einer guten fachlichen Kenntnis und Ausführung, sowie guter Arbeitskräfte von Seiten der Meister und Gehilfen unter gegenseitiger Kontrolle bedürfen, um dadurch ähnlichen, öffentlichen Ausdrücken, wie dieselben bei dem Schlachthofbau gethan worden sind, vorzubeugen, wo sich sofort Reparaturen einstellten, Untersuchung und Begutachtung durch Sachverständige nöthig machen und vom Stadtrath eingeholt worden sind. Ob dieselben zur weiteren Beratung gelangten, ist uns nicht weiter bekannt. (Hierbei sei zur Erwähnung gebracht, daß dieser Fall keinen der jetzt [leider] aber einen früheren! D. Eins.] mit konkurrierenden Klempnermeistern betroffen hat.) Diese sämtlichen Arbeiten, Männer, Gesimsverkleidungen, Zink-, Cement- und Pappecken beim Schnibau, hat man an den Stadtverordneten, Dachpappensabrikant Herm. Werner, in Firma Werner & Co. als Mindestforderungen vergeben, welcher seit einigen Jahren Klempnergesellen für seine Dachpappen- und Cementdächer-Ausführungen mit den damit verbundenen einfachen Blecharbeiten beschäftigt. Ob nun hier eine von ihm Behörden gewünschte Förderung des angestrebten Innungswesens herauszufinden ist oder — mehr als Ausübung erscheint, dürfte dem allgemeinen Publikum, sowie dem Gewerbestand zum Beurtheilung zu überlassen sein. Dies zur Rechtfertigung. Die Klempner-Innung. — Zu Ruh und Frommen unser Fachgenossen geben wir Obiges wieder, gestalten uns aber die Frage: Sollte vielleicht die Eigenschaft als Stadtverordneter den Uebernehmer (Dachpappensabrikanten), zur Ausführung der anerkannt sogar für einen Klempnermeister schwierigen Arbeiten besser befähigt haben, als die dortigen Innungsmeister (Fachleute)? Dann verehrte Fachgenossen, geben wir den wohlgemeinten Rat, möglichst auch Stadtverordneter zu werden; wenn's nicht hilft, schaden thui's auf keinen Fall. Sollte sich wirklich eine Behörde durch das niedrigste Angebot, ohne Rücksicht auf die Qualifikation des Unternehmers zu solchen Arbeiten, bestimmten lassen, diesem letztere zu übertragen? Wunderbar genug geht es oft bei derartigen Submissionsen zu, wie auch der Artikel in der vorigen Nummer unserer Zeitung: „Mitsände in Submissionswesen“ beweist, so daß uns auch in Alttauer Anlegenhheit nicht mehr Wunder nimmt. Ob das Ansehen der Behörden in solchen Fällen jedoch gehoben wird, wagen wir billig zu bezweilen, ebenso geben wir zu bedenken, daß durch solche Vorwürfe das Handwerk schwer geschädigt wird, und Niemand wird hierin eine eine Unterstützung derselben finden, wie sie so oft von gewissen Seiten ausgesetzt wird.“

Sowohl die „J. Btg. f. Blechind.“ Dieselbe muß es ja als Unternehmerorgan wissen, ob die Stellung als Stadtverordneter dazu beiträgt, daß man städtische Arbeiten leichter erhält. „Wer das Kreuz hat, segnet sich“, lautet ein alter Spruch. Für die Arbeiter bleibt es sich aber ganz egal, ob sie ein Herr Klempner-Innungsmeister oder ein „Dachpappens- und Cementdächer-Ausführer“ ausheutet und den Profit einheimist. Gewöhnlich zahlen gröbere Unternehmer sogar etwas höhere Löhne (Ausnahmen zugegeben) als Innungsmeister. Was die Überbietungen bei Submissionsen anlangt, so leisten darin die Innungsmeister mehr als die großen Unternehmer. Die Klagen derselben und ihres Monitors röhren uns daher nicht im Geringsten. Aber man sieht, wie das Innungs-Wölchen gleich rebellisch wird, sobald ihm nicht nach seinem Willen gethan wird.

B.

## Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung der Schweiz.

Das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Zürich hatte dem internationalen Kongreß in Brüssel einen längeren Bericht zugehen lassen, dem wir folgendes entnehmen:

In einem Lande, wie die Schweiz, dessen einzelne Industriebezirke mit ihren speziell vorherrschenden Berufssarten entfernt voneinander liegen, welches sprachliche Verschiedenheiten aufweist, und dessen Einheit durch 22 souveräne Kantone, mit oft gegenständigen Institutionen, gestört wird, in einem Lande, das von jeher das Wanderziel einer großen Zahl

fremder Arbeiter war, da mußte auch die Arbeiterbewegung nothwendiger Weise andere Bahnen gehen, als anderswo.

Die Träger der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung waren bis vor kurzer Zeit hauptsächlich die fremden Arbeiter und namentlich die Deutschen. Seit der Inauguration der politischen Polizei hat sich dies wesentlich geändert, indem unsere Landsleute sich mehr als bisher an der Bewegung beteiligten. Sie sahen ein, daß ein Volk auf dem Papier politisch frei sein und doch kein freies Volk sein kann, und daß politische Freiheit und wirtschaftliche Abhängigkeit nebeneinander Platz haben.

Damit ist auch der Fremdenhaß, der sich sehr breit machte, im Abnehmen gekommen, wenn auch leider noch nicht ganz verschwunden.

Heute dürfen wir getrost behaupten, daß die Fachvereine und Gewerkschaften in ihrer Mehrheit auf sozialistischem Boden stehen und mit dem Bewußtsein, daß es nicht allein die politische Freiheit ist, welche wir streben sollen, hat auch die Wirkung der internationalen Arbeitervereinigung zugenommen.

Bis vor Kurzem gingen die Strebungen der einzelnen gewerkschaftlichen Verbindungen auseinander und ist es nicht gelungen, eine Einheit der Agitation und der Ziele herzustellen. Jeder Verband glaubte, wenn er einige hundert Mitglieder zählte, sich selbst genug zu sein und andere nicht zu bedürfen. Unsere welschen Genossen, etwas rascheren, lebhafteren Geistes als wir deutschsprechende Ostschweizer, fingen allzuviel miteinander an und brachten nichts oder wenig zum richtigen Ende. Dagegen ist allerdings zu sagen, daß ein ansehnlicher Theil unserer deutschschweizerischen Arbeiter überhaupt gar nichts angefangen hat.

Hierin macht sich nun in letzten Jahren ein bedeutender Fortschritt zum Besseren geltend, daß Gefühl, es könne nur durch gemeinsames Handeln etwas erzielt, nur durch Zusammenschluß eine starke widerstandsfähige Organisation geschaffen werden, breitet sich in der deutschen und welschen Schweiz aus.

Es sind natürlich in einem so kleinen Lande auch kleine Zahlen, mit denen die Arbeiterschaft rechnen muß, denn leider sind die Arbeiter der Hauptindustrien unseres Landes zur Organisation noch nicht zu bewegen.

Es bestehen Berufsverbände der Sticker, der Uhrmacher, Typographen, Metallarbeiter, Gießer, Spengler, Holzarbeiter, Glaser, Müller, Buchbinder, Tapezierer, Schuhmacher, Schneider, Korbmacher, Steinbauer, Maler etc. Diese alle sind erst in neuerer Zeit entstanden und bilden zusammen mit einer größeren Anzahl einzelner Fachvereine und allgemeinen Gewerkschaften den schweizerischen Gewerkschaftsbund, gegenwärtig die größte Gewerkschaftsverbindung der Schweiz und in raschem Wachsen begriffen.

Aus ganz kleinen Anfängen herausgewachsen, zählt er heute in 193 Sektionen ca. 7000 Mitglieder. Entstanden ist der selbe im Jahre 1883 aus dem schweizerischen Arbeiterbund, einer Vereinigung von gewerkschaftlichen und politischen Vereinen. Man fühlte damals die Nothwendigkeit einer Trennung der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, und so entstand als Repräsentant der erstenen das sogenannte Aktions-Komitee des schweizerischen Arbeitertages, welches im Jahre 1888 zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei der Schweiz aufgehoben wurde. Als Repräsentant der Gewerkschaftsbewegung entstand der allgemeine schweizerische Gewerkschaftsbund.

Anfangs wollte die Bewegung nicht recht vorwärts gehen, das leitende Komité desselben saß in Genf, wohl etwas zu weit von den eigentlichen Industriebezirken entfernt.

Im Jahre 1885 wurde dasselbe nach Zürich verlegt und es ist der Gewerkschaftsbund seitdem stetig gewachsen. Im Jahre 1887 erst 54 Sektionen zählend, wies er drei Jahre später schon die doppelte Zahl auf und heute, nach vier Jahren, die mehr als dreifache. Viele und verschiedene Faktoren haben an diesem erstaunlichen Wachsthum mitgewirkt, neben einem allgemeinen Erwachen des Volksgeistes nicht zum Mindesten eine zielbewußte Beitung.

Ein ganz kleines Kränzlein gebührt sogar dem Bundesrat, der mit der Schaffung der politischen Polizei für die Ausbreitung der Arbeiterbewegung ungemein gearbeitet hat.

Waren die Träger der Gewerkschaftsbewegung früher zum großen Theil Ausländer, so ist heute zu konstatiren, daß unsere etwas langameren Schweizer Genossen die Bedeutung derselben voll und ganz zu würdigen anfangen. Bei der guten Eigenschaft, die wir besitzen, etwas als recht und gut Erkanntes auch mit aller Bähigkeit festzuhalten, steht zu hoffen, daß die Wirkung eine nachhaltige sein werde.

Mit dem Gewerkschaftsbund nunmehr verschmolzen, besteht seit einer Reihe von Jahren eine allgemeine Arbeiter-Reservelasse mit dem Zweck der Unterstützung bei Streiks, Ausperrungen etc.

Dieselbe wurde auf Initiative des schweizerischen Grütlivereins an dessen Zentralfest 1886 in's Leben gerufen. Das erst Statut bestimmte, daß die Verbände, welche dem Institut angehören, einen jährlichen fijen Beitrag leisten sollten, welcher aber in Selbstverwaltung der einzelnen Komités bleiben müsse. Grütliverein, Gewerkschaftsbund und Aktionskomitee legten nun im Verhältniß ihrer Mitgliederzahl Geld beiseite. Das Komitee der Reservelasse mit Sitz in Bern besaß darüber weber Einsicht noch Verfügungsberecht und war deshalb in seiner Thätigkeit sehr gehindert.

Doch wurde alß bald eine Reorganisation dieser Institution vorgenommen. Auf einer großen Konferenz am 25. Januar d. J. in Zürich, an welcher 270 Vertreter von 40,000 Arbeitern Theil nahmen, wurde ein neues Statut des Gewerkschaftsbundes vereinbart. Dasselbe bestimmt Folgendes:

### B w e s.

Art. 1. Der allgemeine schweizerische Gewerkschaftsbund umfaßt die gesamte Gewerkschafts-Organisation der Arbeiter in der Schweiz, sowohl Berufsverbände wie einzelne Arbeitervereine.

Sein Zweck ist: Die Förderung des Gewerkschaftswesens, die Wahrung der sozialökonomischen Interessen der Arbeiterschaft in jeder Beziehung, die Befreiung der Arbeit vom Lohnsystem, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gemäß dem Programm der Sozialdemokratie.

Art. 2. Den Berufsverbänden bleibt ihre volle Selbstständigkeit in ihrer inneren Verwaltung und ihren besonderen Berufsinteressen gewahrt. Ihr Anschluß an den Bund hat vor Ailem den Zweck, eine einheitliche Befreiung für alle den Sozialarbeitern gemeinsamen Interessen zu erzielen.

Art. 3. Der Gewerkschaftsbund besitzt eine Reservelasse, welche den Zweck hat, die Arbeiterschaft im Kampfe um bessere Existenzbedingungen zu unterstützen.

Art. 4. Zur Befreiung der Agitation, sowie der Unterhaltungskosten der Reservelasse, wird ein monatlicher Beitrag von 20 Cts., resp. vierteljährlich 60 Cts. per Mitglied erhoben, davon 10 Cts. für Verwaltung und Agitation verwendet und 50 Cts. aber zum Reservesonds gelegt werden, worüber speziell Buch und Rechnung geführt wird. Ein besonderes Regulativ hierüber enthält die näheren Bestimmungen.

Art. 5. Zur Verwaltung aller inneren und äußeren Angelegenheiten des allgemeinen Gewerkschaftsbundes wird ein Bundes-Komitee, bestehend aus 12 Mitgliedern, vermittelst des proportionalen Wahlverfahrens gewählt, und zwar alle zwei Jahre unter Verhältnisbildung der im Bund vertretenen Berufsverbände. Mit der Wahl des Bundes-Komitee's findet zugleich die Wahl der Kontroll-Kommission, bestehend aus 3 Mitgliedern statt; dieselbe hat die Arbeiten des Bundes-Komitee's zu kontrollieren, die vierzehn-

jährlichen Kassenrevisionen vorzunehmen und dem Bunde Bericht zu erstatten.

Art. 6. Die Hauptaufgabe des Bundes-Komitee's soll die Durchführung einer zweckmäßigen, iheren Prinzipien entsprechenden Agitation sein. Es erneut einen engeren Vorstand und thelt die Geschäfte unter sich nach freiem Ermessen. Seine Aufgabe ist es auch, mit den gewerkschaftlichen Organisationen anderer Länder rechtzeitig Verbindungen anzuknüpfen.

Art. 7. Hat der Gewerkschaftsbund die Höhe von 8000 Mitgliedern erreicht, so wird zur Anstellung eines ständigen Sekretärs geschritten; derselbe soll der deutschen und französischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein und wird vom Bundes-Komitee gewählt.

(Dieser Zeitpunkt wäre nun eingetreten, die Ausführung wird aber verschiedener finanzieller Gründe halber noch eine Zeit lang unterbleiben müssen.)

### Bestimmungen für Arbeitsergebnisse.

Art. 8. Wenn eine Gewerkschaft eine Arbeitsergebnis beabsichtigt, so hat dieselbe zuerst ihrem Central-Komitee des Berufsverbandes, wenn ein solcher besteht, unter allen Umständen oder dem Bundes-Komitee Anzeige zu machen und die Verhältnisse klar zu legen über:

- 1) Bohn;
- 2) Arbeitszeit;
- 3) wie viel im Orte beschäftigt;
- 4) Zahl der Thilnehmer, wie viel lebig und verkehrtet.

Art. 9. Eine Arbeitsergebnis kann nur mit Bewilligung des Verbandsvorstands und Bundes-Komitee's stattfinden, nachdem vorher die Sachlage untersucht und eine Verwaltung versucht wurde. Wenn zwei Gewerkschaften zu gleicher Zeit Arbeitsergebnisse beabsichtigen, so soll diejenige zuerst berücksichtigt werden, welche im Verdienst am schlechtesten gestellt ist oder deren Lage durch Verschiebung des Streiks gefährdet würde.

Art. 10. Geplante Arbeitsergebnisse von solchen Gewerkschaften, welche weniger als drei Monate dem Bunde angehören, haben keinen Anspruch auf Unterstützung durch den Gewerkschaftsbund.

Im Weiteren bestimmt das Statut die Höhe der Unterstützung und die Befugnisse des Bundes-Komitee's während eines Streiks. Diese Befugnisse müssen ziemlich weitgehend sein, um das Streiken zu keinem Unwesen ausarten zu lassen. Man ging von dem Grundsatz aus, daß die Arbeiter, die nicht streiken, aber mit ihrem Geld den Streik unterstützen, ebenfalls etwas dazu zu sagen haben müssen und daß überhaupt ein Streik immer eine zweckmäßige, schwer zu handhabende Waffe sei. Wenn irgendwo Notwendig ist, so ist es in der Streiffrage der Fall.

Die nächsten Ziele und das Programm des Gewerkschaftsbundes sind in Folgendem niedergelegt:

- 1) Staatlische Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Beschlüsse für die Angelegenheiten ihres Berufes.
- 2) Arbeiterkammern für die Kantone und für die Eidgenossenschaft, welche in allen Arbeiter-Angelegenheiten von den Behörden zu hören sind.
- 3) Regelung des Arbeitsnachweises durch die Arbeiter-Gewerkschaften mit staatlicher Unterstützung.
- 4) Regelung des Gehaltswesens.
- 5) Gewerbegegerte und Gütingämter, in denen freigewählte Arbeiter und Gewerbsinhaber zu gleichen Theilen sitzen mit staatlich geführter Geltungskraft ihrer Entscheidungen für alle Berufangehörigen des Amtsbezirkes.
- 6) Festsetzung eines Normalarbeitsstages, der als nächste Grenze 10 Stunden haben, aber durch geeignete Wirksamkeit auf acht Stunden verkürzt werden soll.
- 7) Festsetzung von Normallohn, die den Preisnissen der Unterhaltungsmittel und den Mindestforderungen an ein menschenwürdiges Dasein entsprechen.
- 8) Staatlische Arbeiterverkörperung unter Mitverwaltungsrecht der Arbeiter.

Abänderungen an den alle zwei Jahre stattfindenden Kongressen vorzubereiten. Die Statuten sind nun, in den drei Sprachen hergestellt, verarbeitet und vorharren der Erfüllung einer auf der Ausführung geprägten Verfassungen und Wünsche.

Mit Ende dieses Jahres wird der Fonds der Reservefond 2000 Franken erreicht haben und dann in den Augen vieler unserer Arbeiter eine unüberwindliche Macht sein. Das Komitee ist mit

anderen Genossen aber der Ansicht, daß der eigentliche Werth und die eigentliche Macht nicht in dieser Summe liegt, sondern im festen Zusammenhalten und treuen Nacharten auf dem Wege zum vorgestellten Ziel. 20,000 Frauen, ja 30–40,000, würden auch für die kleine Schweiz in gewissen Fällen, wo das Kapital seine Macht uns gegenüber entfalten will, viel zu wenig sein; sie sind aber viel, weil sie dem einfachen Arbeiter, dem mit Sicht auf seine Familie um seine Existenz besorgten armen Mann, eine gewisse Garantie bieten, daß er im Fall der Noth nicht ganz verlassen und hilflos dasteht.

Das Komitee wird nach wie vor seine Städte im Vermeiden eines Kampfes suchen, natürlich nur so, wo es unbeschwert der Ehre der Arbeiter geschehen kann.

Der Gewerkschaftsbund besteht in Gemeinschaft mit der schweizerischen sozialdemokratischen Partei ein eigenes Blatt, die in Zürich unter der Redaktion Rob. Seldel's erscheinende „Arbeiterstimme“. Gegenwärtig macht sich eine lebhafte Bewegung dafür geltend, die einzelnen Berufsverbände in eine Centralisation zusammenzufassen.

Am Streiks haben in der Schweiz seit Mitte 1889 ca. 30 stattgefunden mit einer Theilnehmerzahl von etwa 3000 Arbeitern. Die Dauer der einzelnen war sehr verschieden, 2, 3 Tage bis 7, 8 Wochen. Zu konstatiren ist, daß alle Streiks, welche länger als 8 bis 14 Tage dauerten, als verloren zu betrachten sind. — Sämtliche Forderungen wurden durchgesetzt bei klos 5, teilweise gesiegt oder Vortheile erreicht haben 17, der Rest ist als verloren zu betrachten. (Diese Zahlen sind nicht absolut genau, eine ganz genaue Angabe ist unmöglich.)

Die Ursache war bei 13 Streiks Verkürzung der Arbeitszeit, bei 12 Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnforderung, beim Rest Maßregelungen, Vereinsgründung etc.

Bei einigen ist die Bewegung ganz im Sande verlaufen, so daß nicht einmal eine Gewerkschaft übrig blieb. Die Furcht vor Verlust der Existenz und des elenden Lohnes war stärker, als der Glaube an den endlichen Sieg der Ideen.

Auch die Polizei hat bei einigen dieser Streiks ihre Mitwirkung in gewohnter Art hindurchein, so daß es nur dem Takt und der Ruhe unserer Genossen zu danken ist, wenn nicht schlimme Folgen daraus entstanden sind. Bei einem der letzten Streiks wurde eine Anzahl Theilnehmer, ohne daß Ausschreitungen nachweisbar wären, zu Geld- und Gefängnisstrafen verurtheilt dafür, daß sie Posten gestanden, also öffentliches Vergernick erregt hatten, daß Bundeskomitee hat aber die Sache zu der seinigen gemacht und wird unter Umständen bis zur höchsten Instanz gehen, wenn das Urtheil nicht aufgehoben wird.

Neben diesen Streiks spielten sich noch eine Anzahl Lohnbewegungen ab, die mit oder ohne Vermittelung der Komitees zu einem gütlichen Vergleich führten.

Der Einfluß der wachsenden Macht des Gewerkschaftsbundes auf die Unternehmer ist im großen Ganzen unverkennbar vorhanden, und wenn mit Geschick und Takt vorgegangen wird, muß sich dieser Einfluß noch verstärken.

### Ein weiteres Unternehmer-Komplott

zeigt „Der Volkswill“ an. Das genannte Blatt schreibt:

In Uelzen haben laut uns vorliegendem Protokoll einer Versammlung von Arbeitgebern der Stadt Uelzen am 10. Mai 1890 der Arbeitgeber (darunter die Aktien-Bürofabrik, Direktor Markwort) folgendes Protokoll unterschrieben:

„Die versammelten Arbeitgeber beschließen, Stellung zu nehmen gegen die Ansprüche der Arbeiter auf höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit etc.

Neben die Art und Weise, wie dem entgegenzutreten ist, wird seitens der Uelzener beschlossen und folgender Vertrag gemacht:

1. Eine Vereinigung der Arbeitgeber für Uelzen und Umgegend wird gegründet.  
2. Wahl eines geschäftsführenden Vorstandes von 10 Mitgliedern mit dem Rechte der Kooperation. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, einen Sekretärer, außerdem einen besoldeten Schriftführer.

Als Mitglieder des Vorstandes werden gewählt:  
Herr Theodor K. Ver., Direktor Markwort, Otto Wenckebach, F. Busch, Oekonomierath Becker, G. Verwey, Fr. Hinze, Maurermeister Müller, Oberförster Wissberg, H. Krause, Emmendorf.

B. Jedes Mitglied zahlt für jeden ständig beschäftigten Arbeiter 50 Pfennig zur Kasse. Eine gleiche Summe kann der Vorstand einfordern, wenn der Kassenbestand erschöpft ist.

Gegen diese Vereinigung der Unternehmer wird Niemand etwas einzubringen haben; es ist ihr Recht, sich zu verbünden, genau so, wie dies das Recht der Arbeiter ist, obwohl Unternehmer oft genug dies ihren Arbeitern verbieten wollen. — Punkt 4 des Protokolls klärt baraus.

Die Vereinigung versucht den Zweck, wünschlichen und unberechtigten Forderungen der Arbeiter gemeinsam entgegen zu treten.“

Da aber in der Erstellung des Protokolls bereits gefragt ist, daß der Verein Stellung nehmen soll gegen die Ansprüche der Arbeiter auf höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit etc., so scheinen die Uelzener Gewerkschaften solche Ansprüche für willkürlich und unberechtigt zu erklären, mithin wollen sie den Arbeiter knebeln, ihm jede freie Verfügung über seine arbeitskraft unmöglich machen.

Wir überstreichen nicht! Jede freie Verfügung soll dem Arbeiter genommen werden; es soll ein Bohrschlage der Uelzener Herren sein und darf nicht einmal eine Forderung wegen Gehaltsveränderung an seinen Aufwender nicht, wenn er nicht Gefahr laufen will rasch dieser, statt ihm höheren Lohn zu geben. Wir brodlos macht und dadurch zwinge, die Stadt zu verlassen! Wörtlich heißt es in Punkt 5 des Protokolls:

„Arbeiter, welche vom 19. Mai ab die Arbeit nicht antreten oder dieselbe willkürlich verlassen oder zu den höheren Bedingungen nicht weiter arbeiten wollen, sind unter Verhafung oder verabredeten Strafe bislang sofort zu entlassen und dem Vorstande anzuziehen. Diese Arbeiter werden in einer Liste sämtlichen Mitgliedern der Arbeitgeber-Vereinigung bekannt gegeben, und dürfen nicht wieder in Arbeit genommen werden, selbst wenn sie zu den höheren Löhnen weiter arbeiten wollen. Diese Sparte kann für die fraglichen Lebeweiß auf Antrag des Arbeitgebers nach Beschuß des Vorstandes wieder aufgehoben werden.“

Zusammenhandlungen seitens der Arbeitgeber werden nach Beschuß des Vorstandes mit einer Konventionalstrafe nach Art. 6 dieses Vereinbarung für jeden einzelnen F. U. bestraft.“

Diese Verordnung der Arbeiter, zu der sich die Uelzener Unternehmer hier verpflichtet, will beweisen die Arbeiter vor die Wahl stellen, entweder alle Bedingungen anzunehmen, die ihnen der Unternehmer dictirt, ohne Gelzen zu verlassen! —

Ermit aber nicht etwa ein Unternehmer dem anderen die entlassenen Arbeiter zu höherem Lohn wegnimmt, haben sich die Uelzener Herren zu einer Konventionalstrafe von 400 M. für jeden Fall verpflichtet und zwar durch eigenhändige Unterschrift. Wir lassen die Namen der Uelzener Herren folgen:

E. Greber Nachf. Fr. Busch. F. Busse. F. D. Hinze. Ernst Becker. Schermann. G. Voges. Aktien-Bürofabrik (Markwort). F. Klappenbod. A. H. Wendland jun. Biegel. Th. Becker. Gerhard Becker. Georg Weddau Wittwe. Georg Lutz. E. Weßberg. W. Denker. H. E. Kübler. Gebr. Blasius. Heinrich Wendlandt. W. Heinrich Kratzke. J. Betke. C. H. Se. u. Sohn. P. Wilhelm Witz. Büwer. A. Balazs Gasenhardt (Kasten). Joh. Sesselberg jun. H. Meyer. Wierci G. H. Stender. J. Hadau. R. A. Nabulus. E. W. Krebsmann. W. Vanbahn. J. F. G. Bartels. A. Römerburg. J. Heidel. C. S. Schulz. W. Hennecke. W. Hartwig. E. Geschnick. J. Immermeister. Zug. Lude G. Staemann. H. Hach. Rodenb. F. Wiede. E. Mülliger. A. Hoevertz. F. Wickert. F. M. H. L. Hovertz. H. Schulze. C. H. Wagener. B. Kuntz.

Wir übergeben auch dieses Dokument der Öffentlichkeit! Die Arbeiter wissen, wie sie in den Verhandlungen entgegen zu treten haben! Arbeiter, organisiert Euch!

### III. deutscher Mechanikertag.

Am 3. September verhandelten sich ca. 60 selbständige Mechaniker und Optiker Deutschlands in Frankfurt a. M. Vertreter waren auch anwesend vom tel. kreisfreien und tel. bayrischen Normalmachiningamt und tel. physikalisch technischen Reichsanstalt. Opt.-Mechaniker-Gehilfen hatten der an sie erlangten Einschätzung nur in Frankfurt entsprechend und sind demnach nur von da zwei Vertreter entsandt worden.

Die erste Sitzung begann um 3½ Uhr mit einer Ansprache des Herrn Direktor Dr. Boenewitz. Berlin. Derselbe erläuterte sodann zum ersten Punkt der Tagessordnung zu leicht „Bericht des Vorstandes über die Fortschritte des Vereinsjahres und Aussichtung der vorjährigen Belegschaften“. Demnach hat sich im vergangenen Jahre die 1890 in Bremen geg. Gruppe der Prinzipale konstituiert unter dem Namen „Deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik“ und soll dieselbe zur Zeit 300 bis 400 Mitglieder zählen. Lediglich erwähnt u. a. noch, daß seitens der Frankfurter Stiftung einer Anzahl Gehilfen (15 bis 20) ein Zusatz zum Besuch der hiesigen Ausstellung gewährt werden sollte und zwar bis zu 40 M., es seien jedoch bisher nur 3 Meldungen eingegangen. (Die Bewerber müssen nämlich eine Fachschule mit gutem Erfolge besucht haben und durch Zeugnisse aus bewährten Werkstätten sich über ihre guten Leistungen ausspielen.)

Die folgenden Punkte der Tagessordnung werden verschoben und die Verhandlungen mit Punkt 5: „Statutenberatung“ fortgesetzt. Diese Statuten sind für uns insbesondere von Interesse, als darin „Einführungsgäste“ vorgesehen sind. Diese sollen bestehen aus fünf selbständigen Mechanikern oder Optikern und fünf Gehilfen. Die Wahl dieser Vertreter erfolgt in öffentlichen Versammlungen, welche vom Vorstand des Zweigvereins (Prinzipale) einberufen und geleitet werden sollen.

Gegen diese Wahl der Gehilfenvertreter wurde von den anwesenden Delegaten der Frankfurter Mechaniker, Berger und Lange, protestiert, und zwar wie später hervorhob, weil überhaupt keine Einführungsgäste zu Stande kämen, wenn nicht die Gehilfen die Wahl selbst zu leiten hätten. Da sie hierzu befähigt seien, hätten sie ja doch wohl schon öfter gezeigt. Erstellt folgenden Antrag hierzu: „Die Leitung der Wahl bleibt dem in der betreffenden Versammlung zu wählenden Bureau überlassen.“

Nachdem über diesen Paragraphen eine lange Debatte geflossen, wird derselbe verlegt; die übrigen Paragraphen aber werden en bloc angenommen.

Die Statutenberatung wurde am andern Tage fortgesetzt.

Den Vorzug übernimmt Professor Abbe-Jena, welcher nach einem kurzen Rückblick auf die gestrige Debatte mittheilt, daß es in taudurchsichtige Besprechung mit den Gehilfenvertretern gelungen sei, eine Einigung zu erzielen.

Es wird Heraus zu § 6 der Antrag Berger angenommen mit folgendem Zusatz: „Die Kontrolle über die Berechtigung der Wahlteilnehmer bei den Wahlen der Gehilfenvertreter wird gemeinsam von den Gründern der Versammlung und den Vertrauensmännern der Gehilfen ausgeübt.“

§ 7 wird von Berger beanstandet, daß er gegen die Beschlüsse des Bremer Mechanikertages verstoße. Lange beantragt die in Bremen beschlossene Fassung, wonach der Arbeitssatz in Händen der Gehilfen bleibe, beizubehalten, was abgelehnt wird. Damit ist also den Gehilfen das Recht abgesprochen, den Arbeitssatz selbst zu verwahren. Man muß gestehen, die Herren Mechaniker-Prinzipale haben innerhalb Jahresfrist von ihren Kollegen in anderen Industrien etwas „kapriert“.

Der Mechanikertag beschäftigte sich auch mit einer Anzahl technischer Fragen, auf die wir hier nicht eingehen wollen. Als weiterer und besonders interessanter Punkt kam zur Beratung: „Einführung eines einheitlichen Lehrvertrages und Lehrzeugnisses“. Die zu diesem Punkte eingesetzte Kommission legt dem Mechanikertag einen fertigen Entwurf vor, der sich hauptsächlich gegen die Lehrungsstücke wendet.

Da dieser Entwurf von einem früheren Beschuß abweicht — die Kommission zur Untersuchung streitiger Punkte soll jetzt nur aus den Meistervertretern der Einführungsgäste gebildet werden — fragen die Gehilfenvertreter an, aus welchem Grunde dies geschehen sei. Handke-Berlin meint, es seien selbstverständlich nur die Meistervertreter hierzu berechtigt, worauf Berger Frankfurt frage, ob denn bei den Herren so viel Sout sei b. i. ihrem Lehrlingswesen (allgemeines Döhl); man schiene riesige Angst zu haben, den Gehilfen Einblick zu gewähren. Naabe-Berlin will die Gehilfen zuladen, wenn ihm der Vorredner die Garantie gäbe, daß die befähigten Arbeiter und nicht die geschränktstätigsten Sozial-

demokraten in das Einführungsgäste gewählt würden. Trotzdem Lange-Frankfurt noch einmal in eindringlicher Weise für den früheren Beschuß, Auseinandersetzung der Gehilfen spricht, wird die neue Fassung angenommen.

Zu dem Punkt: „Stellung zur Lehrlingsfrage“, referierte D. d. o. p. Stuttgart. Trotzdem ihm erst vor Kurzem der Ausdruck zu Theil geworden, habe er sich Material aus verschiedenen Städten verschafft und könne nun sagen, daß das Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehilfen seit dem vorigen Mechanikertags sich verbessert habe. Die Verhältnisse des Bremer Mechanikertages seien vielleicht durchgeführt und hätten viel zu diesem Resultat beigetragen. In den größeren Städten seien es zweifellos andere Elemente, welche eine Umschwemmung hervorriefen, überhaupt seien die wichtigsten Arbeiter in den meisten Werkstätten unzufrieden. Über die Lehrlingsfrage sei gestern genügend verhandelt, er wolle nur noch betonen, daß da, wo viele Lehrlinge im Geschäft, auch das Verhältnis zu den Gehilfen ein schlechter sei und umgekehrt. In ersten Werkstätten würden die Lehrlinge viel von den Gehilfen aufgerichtet. Lediglich er nicht die Gehilfenvertreter, dahin wirken zu wollen, daß dieses unterbleibe und schließe mit dem Wunsche, daß die guten Beziehungen zwischen den Prinzipalen und Gehilfen verbessert und erhalten werden mögen.

Berger-Frankfurt als Vertreter der Gehilfen verkennt die Schwierigkeiten nicht, die sich einer Verkürzung der Arbeitszeit entgegensteuer, ermahnt jedoch bis zu einem späteren Mechanikertag eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, wenn nicht gleich auf acht Stunden, so doch unter zehn, da die jetzige Thätigkeit den Geist und Körper viel mehr anstrengt. Die Verhältnisse des vorigen Mechanikertages würden viel zu langsam durchgeführt, so daß die Gehilfen an dem christlichen Willen der Prinzipale zu zweifeln berechtigt wären. Wenn der Referent sage, daß es so viele tüchtige und zuständige Gehilfen gebe, so liege dies zum Theil daran, daß seitige Söhne wohlstüttter Eltern seien, denen es gar nicht auf den Verdienst ankomme (die „Künstler“). Weiter könne er durchaus dem nicht beipflichten, daß die „Befriedeten“ auch die tüchtigsten Arbeiter seien, in den meisten Fällen sei das Gegenteil der Fall. Zum Schlusse verwundert er sich sehr, daß heute die Gehilfen befähigt sein sollen, die Lehrlinge in fiktiver Beziehung zu erziehen, was ihnen gestern rundweg abgesprochen wurde bei Beratung des Lehrvertrages. Ihm sei dies ein kurioser Standpunkt.

Prof. Abbe-Jena stellt Antrag auf Schluß der Debatte, da ein weiteres Einholen nur zu schwierigen Auseinandersetzungen führen würde. Der Antrag wird angenommen.

Hartmann-Bodenheim spricht kurz über den letzten Punkt: „Einführung einheitlicher Werkstattordnungen“. Er habe sich nicht vorbereiten können, da er durch die Ausstellung anderweitig sehr beschäftigt sei. Auch sehe er von Vorschlägen in dieser Sache ab, da die Gehilfen auf ihrem Kongress in Wiesbaden die in der Gewerbeordnung niedergelegten Vorschriften für genügend erachteten. Er bitte diese Angelegenheit bis zum nächsten Mechanikertag zu verziehen. Dies wird angenommen und ist somit die Tagessordnung erschöpft.

Berger-Frankfurt bestont, daß die Gehilfenvertreter von der Versammlung, in der sie gewählt, den Auftrag bekommen hätten, den Prinzipalen einmal die Meinung zu sagen und dieselben aufzufordern, ihre Beschlüsse besser zu halten und auszuführen. In diesem Sinne sei ihr Verhalten zu beurtheilen.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 20,071, ausgestellt in Karlsruhe auf den Namen Gustav Stieln aus Waldenburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Anträufigend bitten ersuchen wir namentlich die reisenden Mitglieder, in ihrem eigenen Interesse mehr auf ihre Bücher zu achten. Es erhält nämlich Niemand Unterstützung, der außer der Reiselegitimation nicht auch sein Mitgliedsbuch vorweist.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen resp. die Auszahler der Reiseunterstützung die von uns in früheren Nummern d. Bl. erlassenen Vorschriften genau zu beachten, da wir künftig nur diejenigen für Unterstützung gemachten Ausgaben anerkennen werden, über die richtig ausgefüllte Belege belegt sind. Die Auszahler der Reiseunterstützung erläutern wie, die am Orte gezahlte Unterstützung stets in das Mitgliedsbuch einzutragen; es ist dies nötig im Hinblick auf § 5 Abs. 4 des Statuts. Es ist ferner von jedem Auszahler zu kontrollieren, ob die in das Mitgliedsbuch eingetragenen Einzelposten die Summe der auf der Reiselegitimation verzeichneten Gesamtsumme ergeben. Um

entgegengesetzten Falle ist dies sofort richtig zu stellen.

Ganz besonders bitten wir darauf zu achten, daß nur solchen Mitgliedern eine Beilegungsmöglichkeit ausgestellt ist, welche bereits Anspruch auf Unterstützung haben. Den Anspruch auf Unterstützung haben zunächst alle Mitglieder, welche unmittelbar vor dem 1. August d. J. mindestens 18 Wochen einem Verein angehörten und ihre Beiträge auch bis zu diesem Zeitpunkt entrichtet haben, ferner die übrigen Mitglieder des Verbandes deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgenossen, wenn sie bis zum Tage des Beitrags 13 Wochen denselben angehörten und die Beiträge bezahlt.

Da sehr viele Abrechnungen falsch oder unzureichend ausgefüllt sind, machen wir darauf aufmerksam, daß auf derselben nur alle den Verband betreffenden Ein- und Ausgänge zu berechnen sind. Hierzu gehören nur die statutarisch festgesetzten Einnahmen und Ausgaben, nicht aber die für die Postkasse oder für den Agitation- oder Unterstützungs-fond der Vertragsmänner Deutschlands. Die Ausgaben für Rechts- und Unterhaltung nach § 26 können nur von uns anerkannt werden, wenn sie unter Beobachtung der statutarischen Bestimmungen gewacht worden sind. Die Ausgaben für außerordentliche Agitation rüfen nur zu Einverständnis mit dem Vorstand gemäß. Haben die Einnahmen die Ausgaben überschritten, ist aber dieser Ausfall irgend anderweitig verlegt worden, so ist die so verlegte Summe als "ausgenommenes Geld" oder "Dartchen" unter sonstige Einnahmen" aufzuführen, so daß im Aufrechnen der einzelnen Posten die Gesamtsumme der Einnahmen gleich der Gesamtsumme der Ausgaben ist.

Für sämtliche Ausgaben sind die Belege beizufügen. Ferner sind die Rückläufe über das noch vorhandene Material den Stand und Zuverlaß der Mitglieder genau aufzufüllen.

Sämtliche auf der Abrechnung vermerkte Einnahmen und Ausgaben dürfen nur in der am Kopf der Abrechnung angegebenen Zeit gemacht sein. Alle Einwendungen an die Hauptkasse, die nach dem 31. August erfolgt sind, sind auf den nächstfolgenden Abrechnung aufzuführen. Die Abrechnungen sind vor den Revisoren zu prüfen und unter Beifügen des Ortssteueraus von der gesammelten Ortsverwaltung zu unterzeichnen.

Drei nigen Ortsverwaltungen, die die Abrechnungen noch nicht eingefüllt haben, sollen dies umgehend tun.

Alle Gesuche um Zugang müssen nach § 14 Abs. 12 in gleicher Weise wie die Abrechnung von der gesammelten Ortsverwaltung unterzeichnet und mit dem Ortsstempel versehen sein. Dieselben sind frühzeitig genau einzutragen, damit in der Auszahlung der Bankunterstützung keine Pause eintritt.

Da kein Tag verreicht, an dem wir nicht für ungeringfügige frankierte Sendungen Großporto zahlen müssen, ersuchen wir genau darauf zu achten, daß alle Briefsendungen über 15 Gramm (bis zum Weiszettel von 250 Gramm) mit 20 Pfennig zu frankieren sind.

Alle am Orte entbehrlichen Geldbestände sind ungehend an den Hauptkassierer.

### Gd. Goldbach, Stuttgart, Kurzestr. 3, part.

zu senden, und auf dem für Mittelhilfungen bestimmten Postabblatt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen einsatzfähig ist. Das Geld für die Klone ist der Erlös für die Kongressprotokolle.

Zum Schluss machen wir auf den Streit bei der Firma G. Böckel in Ehrenfeld (Köln a. Rh.) aufmerksam und ersuchen, den Zugang von Formern nach dort fern zu halten.

Mit kollegialem Gruss!  
Stuttgart, 18. Sept. 1891.  
Der Vorstand.

## Korrespondenzen.

### Former.

Ansbach. Nachdem hier eine Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegründet wurde, ist es den hiesigen Formern auch möglich geworden, sich einer Organisation anzuschließen, da sie an Zahl zu schwach sind, eine eigene Organisation zu bilden. Es ist hier der deutlichste Beweis geliefert, daß in kleinen Orten nur die gewöhnlichen Organisationen am Platze sind, doch dafür die Fachorganisation unzweckmäßig und unausführbar ist.

Kiel, 13. September. Die Führer der hiesigen Formen, welche sich dem Metallarbeiterverband nicht angeschlossen haben, sondern durch ihren Delegierten auf dem Braunschweiger Formertag für eine Formergeneralisation stimmen, scheinen von der Voraussetzung dieser Formergeneralisation doch

nicht so ganz überzeugt zu sein, weil sie eine gegenwärtige Meinung nicht hören können. Deshalb seien heute das Prinzip der "streuen Stellen" gewünscht, welches gegenwärtig von einem Bruchteil der Formen als durch die "Metallarbeiterzeitung" gefährdet hingestellt wird groß Triumph. In der Mitgliederversammlung wollte der Vorsitzende des sächsischen Fachvereins der Salzher und Maschinenbauer, welcher jetzt als Dreher in einer Gießerei arbeitet, dielem Verein beitreten. Der Vorsitzende der Formerversammlung machte denn auch nach Eröffnung der Versammlung dieses bekannt, stellte es aber bis zum "Vereideten" zurück. Während nun in anderen Vereinen Anträge, welche an den Vorsitzenden gelangen und Bekanntmachungen derselben vor Eintritt in die Tagesordnung erledigt werden, scheint dieses im hiesigen Formerverein nicht der Fall zu sein. In anderen Vereinen gibt man etwa anwesenden Gästen mit Freuden das Wort, diese geschieht hier aber auch nicht. Das traf für die Formen in diesem Fall auch mal wieder günstig, war doch Berichterstattung vom Braunschweiger Formertag. Da andere Leute sich freuen, wenn sie einer entgegengesetzten Meinung beweisen können, daß ihre Meinung recht ist, vorausgesetzt, daß sie es beweisen können, scheinen die hiesigen Führer der Formen anderer Meinung zu sein, und so wurde denn auch dem fröhlichen Vorsitzenden des Schlossfachvereins, welcher als Anhänger des Metallarbeiterverbandes bekannt ist, das Wort, als derselbe nach Beendigung der Berichterstattung blieb, mit der sogenannten Begegnung nicht gegeben, daß in einer Mitgliederversammlung nur Mitglieder und keine Gäste das Wort erhalten. Selbstverständlich zog der Betreffende seinen Antrag, wieder zurück, da durch die Abstimmung jeder Verein in 4 Wochen sich auflöst. Wie natürlich ein Theil der Formen über die Anhänger des Metallarbeiterverbandes denkt, wird durch beweisen, daß es dem sächsischen Vorsitzenden des Schlossfachvereins verweht wurde (durch Abstimmung mit Einschluß) im Vereideten in einer Sache, von der er selbst erklärt hatte, daß sie weder Formen noch Metallarbeiterverbands Angelegenheit beträfe, zu sprechen. — Aus der Berichterstattung des Telearlern ist zu entnehmen, daß Schwarz 3 Ehrenposten erhalten hat, er ist nämlich Vorsitzender und Führer geworden, um, wie gesagt wurde, nicht monatlich 450 M. für Verwaltung auszugeben zu müssen. Nun, daß würde der neuen Generalisation "um den Verantwortungsbereich" auch sehr schwer kommen. Auch ist er Rektor des Vereinsorgans. Trotzdem beschwerte man sich in Frankfurt über die Bezeichnung als "Formersönne." Das dicke Ende in jeder Art wird von nachkommen. — Die Metallarbeiter stets fordern wir auf: Treter dem deutschen Metallarbeiterverband bei und agiert für denselben, jeder nach seinen Kräften.

Wien. Der Formertag bei Pastré in Simmering dauert fort und ist Buzug fern zu halten.

### Klemperer.

Flüss. Dorf. Die unterzeichnete Kommission veröffentlicht hiermit einen kurzen Rückblick über die Umgestaltung der Organisation, sowie über das Ergebnis ihrer Tätigkeit. Nachdem eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Juni beschlossen hatte, hieselfst eine Verwaltungsstelle des sächsischen Metallarbeiterverbandes zu gründen, beschloß der hiesige Fachverein der Klemperer u. v. B. in einer am 11. Juli abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung die Auflösung des Vereins unter der Bedingung, daß der Beschuß mit dem 31. Juli in Kraft treten sollte. Die Versammlung beschloß ferner, die vorhandene Bibliothek dem Kollegen Schlick schenkungsweise zu übertragen, daß gesammnte übrige Vermögen sollte dem deutschen Metallarbeiter-Verbande überwiesen werden. Die Kommission wurde in der Versammlung vom 25. Juli gewählt und begann mit dem Anfang des Monats August ihre Tätigkeit. Es ergab sich bei Feststellung des Vereinsvermögens in der Schlussklausur nachstehendes Resultat: Au Baarvermögen ist wie aus der untenstehenden Abrechnung ersichtlich vorhanden, 123,14 und beschloß die Kommission 100 M. sofort an den Verbandsvorstand zu senden, 23,14 der Verwaltungsstelle Düsseldorf zu überweisen, welche diese Summe für den Verband zu notiren hat. Als Utensilien sind vorhanden: 1 Schrank, 1 Tragkasten, 1 Stempelkasten, 1 Verlusttafel, 1 eingerahmtes Plakatstatut, 5 verschließbare Vereinsgeschäftsbücher, 60 Converz, 4 verschiedene Theaterstücke, sodann diverse Drucksachen als: 30 Festkarten, 60 Festleider, 150 Mitgliedskarten, 400 Postkarten für Arbeitsnachweis, 40 Empfehlungen für Arbeitsnachweis, 55 Anmeldeformulare, 40 Mahnungsformulare. Vorstehende Utensilien werden der Verwaltungsstelle Düsseldorf des deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur eventuellen Verwerfung überwiesen. Die Bibliothek wird dem Auflösungsbeschluß gewidmet.

Es wird dem Auflösungsbeschluß gewidmet, dem Kollegen Schlick überwiesen und versteckt sich derselbe, die der neuen Organisation leihweise zur Verfützung zu stellen. — Abrechnung. Eintrittskasse bestand laut Abrechnung vom 1. Juli zu 15,54. Überschüß einer Festkarte 51,25. An rückständigen Belträgen gingen ein 6,70, Summa 16,13,79. Angabe: Für Porto M. 0,92, 300 Goldmarkkarten laut Rechnung 1,50. Für Reiseunterstützung 1,50. Durchgezahlter Beitrag an A. Siebert 0,70. Für Bibliothek 1. An den Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbandes 100. Für den Verband zu Händen der Ortsverwaltung zu Düsseldorf 23,14. Summa: M. 131,79. Die Liquidations-Kommission: Henseler, Schlick, Seilmann, Steidtner und für richtig befundene Rahmberg, Böstermann.

### Metall-Arbeiter.

Apoala. In der am 12. Septbr. abgehaltenen Versammlung erstattete die Liquidationskommission Bericht. Die Gesamtsumme betrug M. 326,65, die Ausgabe M. 309,84, bleibt M. 16,81 Kassenbestand. Von diesen M. 16,81 wurden auf Beschluss der Versammlung M. 10 dem Verband überwiesen und der übrige Betrag zur Vergütung der Bibliothek verwendet. Die Liquidationskommission: Viebler, Rinke, Böhme.

Bodenheim. Abrechnung der Liquidations-Kommission des Metallarbeiter-Fachvereins für Bodenheim und Umgegend. Einnahme: Kassenbestand bei Auflösung des Vereins 27,75, 1102 Wochenbeiträge zu 16 M. 165,30. Summa: M. 193,05. Angabe: Für Agitation M. 18,97. Reiseunterstützung zur Bezirksklasse 70. Für Porto und Briefpapier 5,45. Für Bibliothek 8,70. An den Liquidator des Bezirks M. Lange überwiesen 89,93. Summa: M. 193,05. Unentzreibbar sind: 756 Wochenbeiträge von 93 Mitgliedern. Diese Summe ist deshalb eine so große, weil viele der Betreffenden Krankheit, Arbeitslosigkeit u. s. w. benützen, auch monatelang Stundung geben zu lassen. Zu bedauern ist es, daß so viele, zum großen Theil junge ledige Leute, so wenig Interesse für die Arbeiterbewegung haben. Hauptfachlich die in Bodenheim und Umgegend geborenen verhalten sich sehr indifferent. Hoffentlich werden auch diese Lässigkeiten und die uns noch Fernstehenden in ihrem eigenen Interesse einige Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden. Die Liquidationskommission: Julius Dörr, Michael Leiner, Heinrich Walter.

Berlin. Die Metallarbeiter hielten am 14. September unter dem Vorsitz der Kollegen Behold, Förster und Vorjoch in der Beauerer "Friedrichshain" eine öffentliche Versammlung ab, um Stellung zu dem Streit der Westländer Metallarbeiter zu nehmen. Der Referent, Kollege Gerisch, saßte in ergreifenden Worten das Elend der italienischen Arbeiter im Allgemeinen, und das der Westländer Metallarbeiter im Besonderen und beantragte zum Schluß seiner mit abseitigem Erfall aufgenommenen Ausführungen die Annahme folgender Resolution: "Die heutige öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Berlins spricht ihren im Kampfe unterlegenen Brüder in Mailand ihre volle Sympathie und Anerkennung aus. Die Versammlung erwartet, daß der Nächstfolg. des Streits für die Westländer Metallarbeiter ein Ansporn ist, sich kräftig zusammenzuschließen, um im günstigen Moment den Kampf wohl vorbereitet von Neuem aufzunehmen zu können. Die Versammlung verpflichtet ferner sowohl die Opfer des kürzlichen Kampfes noch Kräften zu unterstützen, als auch in Zukunft noch den Grundsätzen der internationalen Solidarität des arbeitenden Volks zu handeln." Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und mit Rücksicht auf den Umstand, daß noch zahlreiche Opfer des Streits, sowie die Familien Jagdarter zu unterstützen sind, der Vertrauensmann Behold beauftragt, eine Anzahl speziell zu diesem Zweck bestimmter Pisten auszugeben, die jedoch alle in Kürze fertig gestellt werden müssen. Zum dritten Punkte der Tagesordnung, die Vertretung der Metallarbeiter in der Streikkontroll-Kommission, wurden nach einem einleitenden Referat des Kollegen Förster die Wlanbante der bisherigen Delegierten für erloschen erklärt und die Kollegen Förster, Becker, Schwabedahl, Natter und Kirmes als Vertreter der Metallarbeiter neu in die Streikkontroll-Kommission gewählt. Als Vertrauensmann für die Metallarbeiter Deutschlands, dem nach den Beschlüssen der internationalen Metallarbeiter Konferenz in Brüssel die Aufgabe zufällt, die Verbindung mit dem Auslande herzustellen, wurde einstimmig Große Martin Segis in Fürth gewählt und hierauf die Versammlung mit der Aufforderung an die Metallarbeiter, auch dann die Versammlungen gut zu besuchen, wenn minder aktuelle Fragen zur Verhandlung stehen, geschlossen.

Bayreuth. In der am 19. September hier stattgefundenen Mitgliederversammlung des Metallarbeiter-Verbandes wurde Kollege

Schmidt als Revisor gewählt. — Den vorliegenden Kollegen zur Nachricht, daß die Unterstützung beim Kassier Georgius, Jean-Paulstr. 11, Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 6—7 Uhr ausbezahlt wird.

Dresden. Am 6. September fand im Erlauon eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter von Dresden und Umgegend statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung: Statierung und Wert des allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes erläuterte Genosse Goldstein die Vortheile, welche eine zentrale Organisation der sämtlichen Metallarbeiter zur Folge habe. Erstens könne eher ein Streit zu Gunsten der Arbeiter durchgeführt werden, wenn der mächtige Verband mit seiner Klasse dahinter stehe, als bei einer lokalen Organisations bislang möglich war; ein ebenso großer Vortheil sei ferner der, daß in derselben eine viel bessere Pflege der Vertragsarbeitszeit stattfinden könnte. Die Dresdner Arbeiter befinden sich vor der Alternative, entweder die ihnen liebgewordene Organisationen in den einzelnen Berufen, wo sich gewöhnlich 20, 30—50 Mann zusammenfinden und durch welche nie etwas Ganzes erreicht werde, aufzugeben, oder so weiter zu vegetieren. Es müßte sich jeder klar machen, daß nur eine kompakte Masse im Staande ist, etwas zu erreichen. Es sei allerdings bedauerlich, daß von den 12,000 Metallarbeitern, welche ungefähr in Dresden und Umgegend beschäftigt sind, noch nicht einmal der zehnte Theil, sondern höchstens 1/4 Prozent eingeschlossen kein Grund sein, nutzlos zu werden, denn sie blieben sozusagen die Sterntruppe, welche berufen sei, durch seine Aktionen belehrend auf ihre individuellen Kollegen einzuwirken. Sehr bedeutsam ist es auch, daß sich die Arbeiter so separieren, wie sie sollten, so als gleich betrachten und nicht der kleine daran etwas einholen, doch er mehr verdient als der Andere. Er kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, sich müßigständig über die Formen auszusprechen, weil sie sich dem Verband nicht anziehen wollten. Es kommt ihm bis vor wie das Verhältnis eines Großvaters zum Enkeljungen, der sich sage: "Ich bin Großvater, folglich will ich mit dem Enkeljungen nichts zu thun haben". Durch dieses Separieren entsteht eine Wichterzel, welche gerade durch den Verband vermieden werde. So sei es aber: von den Deutschen möchte jeder etwas zu sagen haben, denn wenn zwei Deutsche zusammenkommen, haben sie drei verschiedene Meinungen. Weder behandelt dann die Frage des Beitrags zum Verband. Unterlass es, noch aus der Zeit der Revolution (1848) stammendes Vertragsgesetz gestatte es nicht, als Verein dem Verband beizutreten. Aber — wenn der Berg nicht zu Mohaweb kommt, so wußt Mohaweb zum Berg kommen — wie treten als Einzelglieder dem Verband bei. Da nun ein Einzelner nicht als Verein angesehen werden kann, bleibt uns kein anderer Ausweg, als einen Vertrauen zu wählen. Und dies sei jetzt unbedingt nötig. Daß der Referent mit seinen Ausführungen das Motiv getroffen, bewies die beim zweiten Punkt, Stellungnahme dazu, zu welchen recht lebhafte Debatte. Denn obgleich verschiedene Vorschläge gemacht wurden, die lokale Organisation vor der Hand noch nicht fallen zu lassen, so waren sich doch alle Redner darüber einig, daß der Beitritt zum Verband einzig zum Theile stände. Die Metallschläger z. B., welche nur ungefähr 150 Mann in Dresden beschäftigt sind, sind allein schon 97 Mann stark seit einiger Zeit beigetreten. Dies wäre den anderen Berufen zu Nachahmung, der sich empfehlen. Eine Resolution, welche das Verhalten der Genossen Schwarz und Gienz dem Verband gegenüber verurtheilt, wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß es besser sei, die persönlichen Angriffe jetzt zu lassen, denn es könnte schließlich später doch noch möglich sein, daß die Formen durch den Druck der Verhältnisse gezwungen würden, dem Verband beizutreten. — Als Vertrauensmann wurde Genosse Schanz, Kreisbergsstraße 28, mit großer Majorität gewählt. Er bedankte sich für die ihm zu Theile gewordene Ehre und ersuchte die Anwesenden, ihn auf seinem verantwortlichen Posten nach Kräften zu unterstützen.

Erfurt. In der am 25. Juli stattgefundenen Generalversammlung des Vereins der Metallarbeiter wurde die Auflösung des Vereins beschlossen und auf Grund des Status das verbleibende Vermögen dem Verband der deutschen Metallarbeiter überwiesen. Zur Regelung dieser Angelegenheit wurde eine Liquidations-Kommission ernannt, welche diese Aufgabe nach Möglichkeit zu erledigen suchte und stellt dieselbe die Abrechnung in folgender Weise zusammen. Bestand der Kasse bei Auflösung des Vereins M. 17,84. 160 restirende Wochenbeiträge eingezogen à 15 M. 24 M. Summa M. 41,84. Dem gegenüber steht eine Ausgabe laut Beleg: für "M. A. - Ztg." M. 16,90. Monat Juli für Minoren M. 13,28, sonstige Ausgaben M. 1,87, zusammen M. 32,05, bleibt Rest M. 9,79, welche dem Verband der

deutschen Metallarbeiter und zwar dem Kastler der Bahnhofsstelle Erfurt überwiesen wurden. Ferner mussten 108 Wochenbeiträge für unzulässig erklärt werden wegen statigerfundenen Abreise, Unschleißigkeit und daraus entstandener Zahlungsunfähigkeit der Mitglieder. Die vorhandenen Menschen sind eine Schatulle, deutsches Straf-Reichsgesetz, Buch, Unfallversicherungsgesetz, Vereins- und Versammlungsgesetz, Gewerbeordnung und die notwendigen Geschäftsbücher des Vereins. In Weiterem waren von Mitgliedern kein Verein einzige Gegenstände zum Gebrauch überlassen, jedoch das Eigentumrecht vorbehalten, und zwar eine neuzeitliche Glocke und eine Sammelbüchse. Sämtliches Inventar ist den Verwaltungsbüroten der Bahnhofsstelle Erfurt unter gleichen Bedingungen überwiesen worden. Der durch freiwillige Gaben angesammelte Fond zur Anschaffung einer Bibliothek hatte bis zur Auflösung des Vereins die Summe von M. 65,78 erreicht; dieser Betrag wurde dem Genossen Wilhelm Schneegäss mit der Verpflichtung überwiesen, für die Anschaffung nützlicher Schriften Sorge zu tragen und selbige den Mitgliedern des Verbandes so weit es möglich ist, zur Verfügung zu stellen. Wie aus obenstehender Abrechnung ersichtlich, war es nicht möglich, sämtliche aufgestehende Beläge einzuziehen, um den Verband einen höheren Beitrag zu überweisen. — Die von dem Schlosser Karl Schneegäss aus Wartenshausen gegen den Vereinskastler gerichteten Vorwürfe erläutern die Unterzeichneten für eine gehässige höfswilige Verhöhnung, welche den Charakter einer fahrlässigen Denunziation annimmt. Auf Grund familiärer Verhältnisse wird von einer Klage, zu welcher die Kosten bewilligt und von den Mitgliedern geleistet werden sollten, Abstand genommen und jedem Genossen anheim gestellt, diese Handlungswise, jeder nach seiner Art, zu widerlegen. — Mit dem heutigen Tage erklärt sich die Liquidationskommission für aufgelöst, sämtliche Anfragen resp. Einwendungen gegen diese Abrechnung sind bis zum 15. Oktober d. J. bei Wilh. Schneegäss, Hirschlachuser 30, gelöst zu machen, indem dann sämtliches Material vernichtet wird. Die Kommission: E. Schwane, W. Schneegäss, W. Schäfer. Oberstehende Abrechnung und die Bücher sorgfältig geprüft und für richtig befunden: die Revisoren: H. Willing, Th. Büscher. — Zur Anschluß hieran thellen wir noch mit, daß bei Gründung der Bahnhofsstelle Erfurt 1818 Schneegäss, Hirschlachuser 80, als Bevollmächtigter, und E. Schwane, Hirschlachuser 22, als Kassier gewählt worden ist. Steuerunterstützung wird nur von 7—8 Uhr Abends auf der Herberge, Hirschlachuser 29, ausbezahlt. Unsere Mitglieder erfüllen wie bei Schluß jeden Monats die restrenden Beiträge zu entrichten.

**Egeln.** In der am 12. September abgehaltenen Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurden die Genossen Schoppe, Wirthel und Klebe als Revisoren gewählt. Ferner wurde beschlossen, jeden Sonnabend nach dem 1. eines Monats die Mitgliederversammlungen abzuhalten. Genosse Schilder wurde befragt, an den Vorstand zu schreiben, ob in Egeln nicht auch eine Stelle zur Abzahlung der Steuerunterstützung errichtet werden soll. — Kollegen von Egeln und Umgegend! Treten unverzüglich ein in die Reihen der Kämpfer und lasst nicht die Einzelnen sich abrufen, sondern schließt Euch an, denn vereinigte Kräfte sind doppelter Kräfte.

**Göttingen.** In der am 12. September stattgefundene Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes kam u. A. der in diesem Jahre verloren gegangene Streit bei Schäffler u. Soeff in Göttingen zur Sprache. Es wurde gezeigt, daß die darauf proklamierte Sperrung nicht genügend veröffentlicht wurde, so daß man zur Zeit nicht weiß, ob dieselbe überhaupt noch in Kraft ist oder nicht. Mit Bezug darauf wurde von einigen Genossen mitgetheilt, daß diese Firma von ihren Arbeitern verlangt, daß dieselben aus ihren Fachorganisationen austreten müssen. Darauf kam folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige im Gasthaus zum Löwen“ tagende Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Göttingen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes beantragt, der Vorstand des Verbandes möge von denjenigen Firmen, von denen er in Erfahrung bringt, daß dieselben von ihren Arbeitern den Ausstieg aus der Organisation verlangen, eine Sitz anstrengen und dieselbe in regelmäßigen wiederkehrenden Beiträumen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichen.

**Großröhrsdorf.** Die hiesigen Fachvereine der Formier und Feilenhauer haben sich zu einer Tagung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes aufgezeigt. Aus diesem Anlaß fand am 18. September eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung hier selbst statt, in welcher Kollege Mag. König aus Remscheid in freudigen Worten über Zweck und Ziele des Verbandes sprach, er beleuchtete dessen Vortheile gegenüber den Frisch-Dunder'schen

Gewerkevereinen. Zu Ortsbeamten wurden gewählt: Altert. Hofmann, Bevollmächtigter, Sommier, Kassier, H. Schleper, G. Schäfer und L. Buchenau als Revisoren.

**Gütersloh.** (Verspätet.) In der am 25. Juli abgehaltenen Generalversammlung des Metallarbeitervereins wurde im ersten Punkt die Abrechnung verlesen. Es ergab sich eine Einnahme von M. 76,65, eine Ausgabe von M. 101,68 mitin ein Defizit von M. 24,90. Da jedoch ein Bestand vom vorigen Quartal von M. 77,89 vorhanden, so bleibt noch ein Vorratbestand von M. 52,40. Es ist dies von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Nachfrage erhoben. Der 2. Punkt, Auflösung des Fachvereins und Anschluß an den Verband wurde einstimmig angenommen. In den Vorstand wurden gewählt: J. Ross als Bevollmächtigter, E. Strauß als Kassierer, zu Revisoren C. Möller, A. Schmidt und M. Schmidt. Nachdem noch einige Punkte erledigt, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den neuen Verband geschlossen.

**Gelsenkirchen-Schalke.** Unter allgemeinem Beifall sprach am 12. September Genosse Vogt stolz aus Remscheid über Zweck und Ziele des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Nach Prüfung des Vortrages fand eine Diskussion statt. Einige Redner erklärten sich für Gründung einer Verwaltungsstelle, andere führten Bedenken in's Feld, indem sie ausführten, daß die Arbeiterbewegung hier noch nicht genügenden Boden gesetzt habe und es möglich wäre, daß, wenn eine Verwaltungsstelle gegründet würde, die Leiter derselben auf's Pfaster geworfen würden. Von den Bergleuten wurde ausgeführt, daß ihr Verband laut der Bochumer Beschlüsse in Zukunft auch alle Fabrikarbeiter und Metallarbeiter (F) aufnehmen werde. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heute am 12. September im Lokale des Herrn Herchenbach zu Gelsenkirchen stattgefundene Versammlung der Metallarbeiter von Gelsenkirchen und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, sich dem Metallarbeiter-Verband anzuschließen.“ Es fanden sich Kollegen, welche die Ortsverwaltung übernehmen könnten ohne eine Maßregelung befürchten zu müssen. Nachdem noch des Elberfelder Delegiertentags der Metallarbeiter Erwähnung gethan wurde, schloß der Vorsteher mit einem warmen Appell an die Anwesenden, unermüdlich und kräftig für den Verband zu agitieren.

**Karlsruhe.** Am 12. September fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Organisation der Metallarbeiter und Diskussion. Als Referent war Kollege Schlick aus Stuttgart erschienen. Der von den badischen Formern zum Frankfurter Kongress gewählte Delegirte Reith war von den hierigen Formern eingeladen, über seine Thätigkeit als Delegirter Bericht zu erstatten, respektive seine Meinung zur Organisationsfrage in dieser Versammlung zu äußern. Da er jedoch Verhältnisse halber nicht anwesend sein konnte, war Genosse Küll aus Mannheim als Stellvertreter erschienen. Kollege Schlick leitete sein Referat mit einem Wort des Alten von Friederichshain ein, wonach sich die Lage der Arbeiter fortwährend verschärft habe. Er zeigte aber in klarer Weise, daß dies keineswegs der Fall sei. Die Aneignung der Arbeitsmittel durch das Kapital habe es dahin gebracht, daß der Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfster herborste und nicht beigelegt werden könne, weil die Interessen zu gegenseitlich seien. Redauer kommt auf die Frauen- und Kinderarbeit zu sprechen, deren traurige Folgen sich schon jetzt bemerkbar machen. Auch die Akkordarbeit sei dazu angehalten, die Lage der Arbeiter fortwährend zu verschärfen. Der Arbeitgeber drehe sich selbst den Strick. Durch Einführung der Maschinen sei die große Reservearmee geschaffen, der Unternehmer sei dadurch in die Lage gekommen, die Arbeitsbedingungen meist nach Belieben festsetzen zu können. Es müsse Sache der Arbeiter sein, sich aus der Arzthälfte des Kapitals zu befreien. Nur durch Aufklärung und strenge Vereinigung sei es möglich, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Dies hätten auch die Metallarbeiter Deutschlands erkannt. Redauer läßt die Entwicklung der Metallarbeiterbewegung in Deutschland von den sechzig Jahren an. Auf dem im Jahre 1888 zu Weinmar abgehaltenen Kongress habe man sich entschlossen, das Vertrauensmännerchristen einzuführen. Man sei sich wohl bewußt gewesen, daß dies ein unbemerkbares System sei, den Verhältnissen hätte man sich jedoch anpassen müssen. Die Folgen seien denn auch nicht ganz ausgeblichen. Man hätte erleben müssen, daß Vertrauensmänner sich als kleine Könige aufgespielt hätten. Auf dem Frankfurter Kongress seien wieder geordnete Verhältnisse geschaffen. Ein kleiner Bruchteil der Metallarbeiter habe sich der Majorität nicht gefügt, sondern sei endemokratisch genug gewesen, die Konzessionsbeschlüsse in großer Weise zu verleben,

die wohl das große Wort von Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt Euch, in Munde führen, aber doch zu hintertreiben suchen, daß die Metallarbeiter aller Branchen sich vereinigen. In der Diskussion ergriff zuerst Genosse Küll aus Mannheim das Wort. Er sei im „Prinzip“ auch dafür, daß sich alle Metallarbeiter vereinigen, hält es jedoch für „verfehlt“. Man müsse mit den Verhältnissen rechnen und nicht darüber hinausgehen. Die Formier hätten steis an der Spitze der Metallarbeiterbewegung gestanden. Deshalb hätten sie auch das Recht, ihre Ansichten zu vertreten. Der Kongress hätte aber der Minorität keine Rechnung getragen. Auf dem Formerkongress sei die Majorität durch Machinationen zu Stande gekommen. Die Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung“ habe es den Formern vollenbs unmöglich gemacht, sich dem Verbande anzuschließen. Schwarz hätte den Braunschweiger Formertag nicht aus sich selbst einberufen, sondern sei von den Formern dazu aufgefordert. Dass die Münzberger Führer der Metallarbeiter ebenfalls nicht gewollt gewesen wären, sich der Majorität zu fügen, wenn der Kongress anders beschlossen hätte, beweisen zur Genüge die Ausschüsse Breder's. Die Formier seien gewillt, mit den übrigen Metallarbeitern im Einvernehmen zu bleiben. Dann müsse man aber nicht in einer Weise gegen sie vorgehen, wie dies in letzter Zeit geschehen sei. Kollege Kalubach gehalt in schärfer Weise das Verhalten von Schwarz, daß damit rechtfertigen zu wollen, daß er vorgeschoßen sei. Scherm hätte Recht dazu, die Opposition auszugeben. Ein Mann wie Schwarz, der daß ihm so reichlich dargebrachte Vertrauen der Arbeiter in solcher Weise missbraucht hätte, verbriebe noch ganz anders behandelt zu werden. Es sei richtig, daß die Formier viel geleistet hätten, sie hätten aber auch das Meiste gebraucht. Küll vertheidigt Schwarz, die Sektionen wären auf dem Kongress nicht beschlossen, sondern erst später von dem Vorstand des Verbandes geschaffen worden. (1) Es sei nicht ein kleiner Bruchteil der Formier, sondern ein ziemlich großer. Die Formier würden dafür sorgen, daß er noch größer wird. V. der Mannheimer Formier seien organisiert, sie hätten keine Lust wieder von vorne anzufangen. Kollege Schlick stellt die Unterschreibungen Küll's richtig. Es sei unwahr, daß die Branchensektionen nach dem Kongress geschaffen seien. Küll hätte kein Recht, im Namen der deutschen Formier zu sprechen, seine Ausführungen rechte er ihm als Unwissenheit an. Seit dem letzten Jahre sei die Organisationsfrage lebhaft diskutirt worden, so daß jeder Delegirte sich darüber klar gewesen sei. Deshalb habe Breder auch recht gehabt zu sagen, „wir wissen was wir wollen“. Schwarz sei auf dem Kongress nicht ungebührlich angegriffen worden, sondern hätte sich die Schule selber angezogen, die ihm am besten gepaßt hätten. Küll erhält noch einmal das Wort, sucht seine Behauptungen aufrecht zu halten und ergeht sich in persönlichen Bemerkungen über die Führer der Metallarbeiter. Die Versammlung mußte dann leider wegen der vorgebrachten Zeit geschlossen werden.

**Leipzig.** Am Sonnabend, 12. September, tagte im Saale des „Pantheon“ unter dem Vorst. des Herrn Reichelt eine öffentliche Delegirtertag der Metallarbeiter mit der Tagesordnung: 1) Abrechnung des Vertrauensmannes und Wahl der Revisoren. 2) Organisationsentwurf der Gewerkschaftskommission, Referent Herr Ernst Grenz. 3) Bericht der Bergungscommission. 4) Stellungnahme zum Gewerkschaftskartell ev. Wahl der Delegirten. Nachdem zum 1. Punkt der Tagesordnung drei Revisoren gewählt und der Beschuß gefaßt wurde, diesen Punkt der Tagesordnung zu vertagen bis die Revision stattgefunden, ergreift Herr G. Grenz zu seinem Referat das Wort, um in kürzerer Rede die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation zu schildern. Namentlich geht der Referent ausführlich auf die Formierbewegung ein, so daß der Vorsteher sich veranlaßt fühlt, dem Referenten einen Ordnungsruf zu ertheilen. Über die Abstimmung betrifft des Entwurfs auf der Halberstädter Konferenz führt der Referent an, daß von 40 vertretenen Verbänden nur 4 Vertreter sich gegen den Entwurf ausgesprochen hätten, so daß ca. 350,000 vertretene Mitglieder für und nur ca. 50,000 Mitglieder gegen den Entwurf seien. In der sich nun entwickelnden sehr lebhaften Debatte bestheiligen sich die Herren Schlemann, Weibel, Trilse, Möller, Reichelt und Grenz, wobei zum Theil mit sehr scharfen Ausdrücken das Vorgehen der Herren Grenz und Schwarz gerügt wird. Sämtliche Redner treten den Ausführungen des Referenten entgegen. Als der Referent den Versuch macht, seinen Standpunkt auch in der Debatte zu vertreten und einige Zwischenrufe fallen, fühlt er sich veranlaßt, mit seinen Ausführungen abzubrechen. Da die Zeit bereits so vorgesetzten, wird auf Antrag beschlossen, binnen 14 Tagen eine weitere Versammlung abzuhalten, in der die

unerledigt gebliebenen Punkte der Tagesordnung zur Erledigung kommen sollen. Eine zum Referat eingegangene Resolution wurde abgelehnt und die Versammlung um 12 Uhr mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

**Hüdenscheid,** den 14. Sept. Gestern tagte im Saale des Herrn Aug. Schwale die Generalversammlung des Metallarbeiter-Vereins und stand als der wesentlichste Punkt „Auflösung des Vereins“ behufs Anschließung an den Verband“ auf der Tagesordnung. Es war dies, wie wir schon im Voraus bemerken wollen, nicht die erste Versammlung, in welcher ein vertraglicher Beschuß gefaßt werden sollte, es hatte vielmehr schon eine im August getagt. In dieser Versammlung wurde ein Antrag auf sofortige Auflösung des Vereins aus dem Grunde abgelehnt, weil, wie gesagt wurde, wir hier noch in den Klubzetteln der gewerkschaftlichen Organisation standen, es also nicht geboten sei, uns sofort dem Verband anzuschließen, vielmehr wir es uns zur Pflicht machen wollten, aufklärend unter den dem Verband noch fehlenden Kollegen zu wirken, um dann später in Masse dem Verband beitreten zu können, was unter den jetzigen Verhältnissen nicht der Fall sein könnte. Wenn dies der Grund war, weshalb der sofortige Anschluß nicht beschlossen wurde, so hat sich in der gestrigen Versammlung die ganze Hinfälligkeit dieses Arguments erwiesen. Man konnte der gestrigen Versammlung ansehen, daß sie bloß eine Mache war, daß sie überhaupt, um deutlicher zu reden, künstlich erzeugt war, und zwar von den Gegnern des Verbandes, welche alle nur eben habhaft zu werbenden indifferenten Kollegen (dem Verband gegenüber) herangezogen hatten, um ja den Anschluß zu hinterziehen. Und angesichts solcher Thatsachen werden uns wohl die Gegner die Frage erlauben: ist bagatellige, was sie in Szene gesetzt haben, die versprochene Auflösung? oder haben sie in der vorliegenden Versammlung diese Argumente bloß deswegen vorgebracht, weil sie sahen, daß in der Versammlung mehr wie Zwischenfälle der Anwesenden im Prinzip für den Verband waren, und deshalb eine künstliche Auflösung bewerkstelligen, um in einer späteren Versammlung die Majorität gegen den Verband zu haben? Und daß dies so ist, dasf zeigte wohl das ganze Auftreten derjenigen, welche die Führung der Opposition übernommen hatten, und welche anstalt, wie sie versprochen, „auslärend“ für den Verband zu wirken, gerade durch ihr gestriges Auftreten eine künstliche Antipathie gegen den Verband erzeugten, welches denn auch zur Folge hatte, daß der Verein nicht aufgelöst wurde. Da aber nun schon hier eine Bahnhofsstelle des Verbandes errichtet ist, so hoffen wir, daß auch Diejenigen, welche sich jetzt noch im Prinzip gegen den Verband erklären, sich doch später, wenn auch mal bei ihnen die richtige Überzeugung Platz ergreift, für den Verband sein werden, daß auch aus ihnen aus einem Saulus ein Paulus werden wird. Nur dadurch, daß wir uns alle dem Verband anschließen, können etwaige Mängel, die dem Verband anhaften, beseitigt werden; und deswegen richten wir an Euch, Metallarbeiter von Hüdenscheid, die Auflösung, schließt Euch Alle dem Verbande an und zeigt hierdurch, daß Ihr gewillt seid, für die wirtschaftliche Besserstellung einzutreten.

**Wilh. Heller.**

**Remscheid.** Am 12. September hielt die allgem. Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre Versammlung ab. Zum 1. Punkt stehn sich mehrere Kollegen in den Verband aufzunehmen. Dann wurde ein Antrag des Kollegen Johr zur Anstellung von Beitragszahmlern einstimmig angenommen, worauf sich mehrere Mitglieder freiwillig zum Beitragszahlen melbten. Der Fragestellen enthält mehrere Fragen, wovon einer: was ist der Arbeiter eine längere Debatte in Anspruch nahm. Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, am ersten Sonntag eines jeden Monats eine Versammlung abzuhalten und zwar Nachmittags um 5 Uhr bei Herrn Gust. Schneppenthal, Elbersfelderstraße. Diejenigen Mitglieder, welche ihre Mitgliedsbücher noch nicht haben, können dieselben in der nächsten Versammlung in Empfang nehmen. Den indifferenten Kollegen (die Mehrzahl hier in Remscheid) rufen wir zu: Wie lange wollt Ihr dieses noch noch tragen; seht Ihr nicht, wie sich die Fabrikanten verbinden? Kollegen von Remscheid, agitiert für den Verband und seid in allen Versammlungen am Platze!

**Regensburg.** Als Revisor wurden in der Versammlung vom 6. Sept. gewählt: Ignaz Schaut, Georg Saint-Goulain, Johann Moser. — Der Arbeitsnachweis ist im Gasthaus zum blauen Reiter.

**Teitz.** Am 15. August fand hier im Saale der „Bürgererholung“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt behufs Gründung einer Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Kollege Gebauer aus Altenburg legte in kurzen

Vororten den Zweck und die Bedeutung der Organisation dar. Nachdem er das Statut des Verbandes vorgelesen hatte, wurde die Gründung einer Verwaltungsstelle einstimmig angenommen. Als provisorischer Vorstand wurde gewählt: Carl Wagner, Emil Hädrich, August Kende, Georg Augler. Alle Sitzungen sind zu richten an Georg Augler, Raumburgerstraße 8.

### Mechaniker.

**Frankfurt a. M.** In der öffentlichen Mechaniker-Versammlung vom 12. September berichtete Lange über den dritten deutschen Mechanikertag (Prinzipale) zu Frankfurt a. M., zu dem er nebst Berger als Gehilfenvertreter delegiert war. Redner schilderte den Eindruck, den der Mechanikertag auf ihn gemacht: Die Prinzipale haben Zeit gewonnen wollen, um sich genügend organisieren zu können. Deshalb wurden auf dem zweiten Mechanikertag zu Bremen den Gehilfen Versprechungen gemacht, die aber sämtlich noch auf dem Papier stehen. Diesmal war davon keine Rede; daß einige, was zugestanden wurde, war, daß bei Wahl der Gehilfenvertreter zu den Einigungssämttern die Leitung der wählenden Versammlung gewählt wird und nicht, wie dies in Berlin versucht wurde, den Prinzipalen überlassen bleibt. Deshalb fordert Referent die Kollegen auf, sich nicht auf die Versprechungen der Prinzipale zu verlassen, sondern nur auf sich selbst, indem sie sich einer starken Organisation anschließen. Folgende von Bornemann verfassten Resolutionen gelangten einstimmig zur Annahme: „Die in der Restaurierung Kühmayer tagende öffentliche Versammlung der Mechaniker von Frankfurt a. M.-Bockenheim hält den vom 8. bis 6. September stattgefundenen Mechanikertag angesichts der den Gehilfenvertretern gegenüber im Allgemeinen beobachteten ablehnenden Haltung für mehr rückwärts als forschrittslich; sie erklärt ferner den Beschluss der Prinzipale, den von den Gehilfen mit Mühe und Kosten errichteten Arbeitsnachweisen an sich zu reihen, für einen unerhörten Gewaltakt und beantragt das Bureau der Versammlung, diese Resolution dem Vorstand der deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik zu unterbreiten. Die Kollegen in allen Orten Deutschlands werden aufgefordert in öffentlichen Versammlungen Stellung zu dieser Angelegenheit zu nehmen.“ Die heutige öffentliche Versammlung der Mechaniker erachtet die hiesigen Mitglieder der Gesellschaft für Mechanik und Optik, möglichst bald eine öffentliche Versammlung behufs Wahl der Mitglieder eines Gutungsamtes einzuberufen.“ Zur Verständigung mit den Prinzipalen, sowie zur Kontrolle der Wahlversammlungen werden neben dem bisherigen Vertrauensmann, Sporer, noch drei weitere, Berger, Mollfenter und Bornemann, gewählt. Auf Antrag der Revisoren erhält der Vertrauensmann Sporer Decharge.

**Frankfurt a. M.-Bockenheim.** Achtung Mechaniker! Die unterzeichneten Vertrauensleute, welchen die Regelung des Arbeitsnachweises in der letzten öffentlichen Versammlung übertragen wurde, haben beschlossen, denselben weiter zu führen und werden die Herren Prinzipale und Kollegen ersuchen, alle diesbezüglichen Angebote, Gesuche oder Anfragen an den mitunterzeichneten Vertrauensmann J. M. Sporer, Frankfurt a. M., Elephantengasse 16, zu richten. Die Vertrauensleute: Sporer, Berger, Mollfenter, Bornemann.

**Frankfurt a. M.** Abrechnung des Beziehungsvertrauensmannes der Mechaniker von Hessen, Hessen-Nassau, Pfalz und Frankfurt a. M. Einnahme  $\text{M} 26,88$ , Ausgabe  $\text{M} 6$ . Bestand  $\text{M} 20,88$ . J. M. Sporer. Die Abrechnung geprüft und für richtig befunden. Die Revisoren: Ferdinand Bornemann, E. Kröber.

**Hamburg.** Eine am 12. September hier abgehaltene öffentliche Versammlung hatte sich mit der Gründung einer Fachsektion der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher und verwandten Berufsgenossen zu beschäftigen. Nach Wahl des Büros setzte Bremer in Stürze die Notwendigkeit einer solchen Fachsektion auseinander. Ausgehend von dem Streit um die Organisationsform erachtet zwar Redner die Fachsektion als von größerer agitativer Wirkung Industriellen gegenüber als allgemeine Industrieverbände. Da jedoch der Metallarbeiter-Kongress bei Konstituierung des Verbandes den einzelnen Berufen durch Gründung von Fachsektionen Konzessionen gemacht hätte, so wäre es entschieden wünschenswert, daß auch die hiesigen Kollegen sich zu solchem Schritt entschließen und in einer Fachsektion dem deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten möchten. Es entpuppt sich eine Debatte über die Benennung der Sektion und gelangt dann folgende Resolution zur Annahme: „Die am 12. September bei Eggers, Raboisen 86, tagende öffentliche Versammlung der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Chirurg. Instrumentenmacher und verw. Berufsgenossen beschließt mit Inbegriff vorstehend genannter Branchen eine Fachsektion der Verwaltungsstelle Hamburg des deutschen Metallarbeiter-

Verbandes (St. Stuttgart) zu errichten und dieselbe mit dem Namen: „Sektion der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Chirurg. Instrumentenmacher und verw. Berufsgenossen“ zu belegen. Des Weiteren verpflichten sich die Fachgenossen, so viel in ihren Kräften steht, zu sorgen.“ Die nunmehr vorgenommene Wahl bestimmte zum provisorischen Vorstand Schlicke, Bremer und Neumann. Nachdem dann noch die Aufnahme von Mitgliedern und Einziehung der Beiträge stattgefunden hatte, folgte der Schluss der Versammlung.

**Hannover.** In Nr. 28 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ befindet sich in dem Bericht der hiesigen Zahlstelle eine von mir beantragte Resolution, in welcher ich meine Stellung zu der Handlungweise des früheren Ausschusses des Mechaniker-Verbandes klar legte. Die Resolution wurde von der Versammlung nicht angenommen. Durch den Vorsitzenden des ehemaligen Ausschusses, Herrn Pinn, wurde ich aufgefordert, an dieser Stelle den Wortlaut der Resolution durch Beweise zu bestätigen. Selbstverständlich erkenne ich die gerechte Forderung an. Da nun aber durch ein Schreiben des Herrn Pinn an die hiesige Ortsverwaltung, welches unter anderen Schmeicheleien auch grobe Beleidigungen meiner Person enthält, die Sache zu einer persönlichen zugespielt war, konte ich, als Fehljuden persönlichen Gesänks in unsern Fachblättern, es nicht über mich gewinnen, kurzer Hand den für mich so kostbaren Raum der „Metallarbeiter-Zeitung“ durch eine Sache zu schmälern, welche kaum 3 Prozent der Abonnenten dieses Blattes interessieren konnte und zu einer Zeit, da wir unser eigenes Organ 14 Tage zu Grabe getragen hatten. Ich rief deshalb die Mitgliederversammlung der Zahlstelle als Schiedsrichter an, wozu ich unsicher berechtigt zu sein glaubte, da ja die Veröffentlichung der Resolution, die nicht angenommen, für die Allgemeinheit vollständig werthlos ist, durch den Schriftführer der Zahlstelle geschehen ist. Die Versammlung lehnte mein Ansuchen ab und erklärte die Sache für rein persönlich. Zum ersten Theil der Resolution bemerkte ich also Folgendes: § 26 bestimmt die Wahl des Ausschusses in einer Mitglieder-Versammlung; nach § 16 findet eine Mitglieder-Versammlung nur statt, wenn eine Ortsverwaltung vorhanden ist; die Ortsverwaltung darf nur nach § 12 eingerichtet werden und sind nach § 16 die Beamten der Ortsverwaltung dem Vorstand anzugeben. Dies ist nach Eingehen der Zahlstelle Berlin nicht geschehen und bin ich der festen Überzeugung, daß der Ausschuss, also auch Herr Pinn, wußte, daß der Sitz des Ausschusses nur an einem Orte sein kann, an dem sich eine Zahlstelle des Verbandes befindet; darin, daß der Ausschuss sich bewußt, den Thalbestand anders hinzustellen, sehe ich eine Verdächtigung wider besseres Wissen. Der Vorstand hat den Ausschuss aufgehoben, sondern er konstatiert in seiner Bekanntmachung in Nr. 11 u. 12 der „Mechaniker-Zeitung“ nur die Thatache des Eingehens der Zahlstelle Berlin. Ferner konstatiere ich, daß der Vorstand den Vorort für den Ausschuss nicht selbst bestimmt hat, sondern mit den Zahlstellen unterhandelt. Beweis: Versammlungsbericht Hannover Nr. 12 der „Mechaniker-Zeitung“ und Frankfurt a. M. Nr. 29 der „M.-A.-Z.“) Ich habe mich in der Resolution ferner gegen die in dem Mundschreiben des ehemaligen Ausschusses aufgestellten Verdächtigungen des Vorstandes verteidigt. Der Ausschuss leidet seine Vermuthung, daß ein Vertrag zwischen Verleger und Vorstand stattgefunden, in so bestimmte Formen, daß er zu dem Schlusse kommt, der Vorstand habe gegen die Schlußfeste des Verbandstages verstoßen. § 26 bestimmt, daß der Ausschuss den Vorstand zu überwachen hat. Hat der Ausschuss nach § 26 gehandelt? Nein! Er wendet sich, ohne den § 26 zu beachten, einfach in seinem Mundschreiben an die Mitglieder des Verbandes und verdächtigt den Vorstand, gegen die Beschlüsse des Verbandstages verstoßen zu haben. Nach dem Tode des Verlegers, des Herrn Berendsohn, lag es im Interesse des Vorstandes und des Verbandes überhaupt, den Mitgliedern gegenüber, den § 24 inne zu halten. Der vom Ausschuss ausgebundete Verbandsstagsbeschluß bestimmt in der Hauptrichtung nur, daß ein bestimmter Ueberabschluß dem Verband überwiesen wird. Im Uebrigen verweise ich auf die Resolution Frankfurt in Nr. 29 der „M.-A.-Z.“, daß Verträge nicht abgeschlossen sind. Dies der Beweis für meine Behauptungen, die allerdings in dieser Platz rauhenden Form hätten unterbleiben können, wenn Herr Pinn, denn nur von diesem ist die Beweisführung und nicht vom Ausschuss, verlangt worden, die Statuten etwas genauer anzusehen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Mitglieder des ehemaligen Ausschusses zu der Überzeugung gelangen, daß es auch in die „Provinz“ Kollegen gibt, von denen der Ausschuss „noch nie etwas gehört hat“, die sich für Aufrecht-

haltung der Statuten interessieren. Herrn Pinn bemerkte ich zum Schlus, daß ich ebenfalls immerfort „unentgehnigbar“, wie Herr P. es von sich behauptet, für das Wohl der Allgemeinheit thätig sein werde, wie ich es bisher gethan habe.

**Nürnberg.** In der am Samstag den 12. Sept. abgehaltenen Generalversammlung wurde die Auflösung der hiesigen Zahlstelle beschlossen und gleichzeitig eine Sektion der Mechaniker des Metallarbeiter-Verbandes gegründet. Uebergetreten sind bis jetzt ca. 80 Kollegen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt als Bevollmächtigter Mr. Haferkorn, Rosleiderstraße 16, als Kassier G. Engelhardt, Schweigerstraße 18, als Revisoren E. Kellerer, G. Anton, R. Baumgart.

### Schlosser u. Maschinenbauer.

**Berlin.** Die Liquidations-Kommission des Fachvereins für Schlosser- und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend hat die ihr übertragenen Arbeiten beendet und bringt folgenden Bericht zur Kenntnis der Kollegen: Einnahme: Bestand vom 1. Quartal 1891  $\text{M} 74,90$ . Für 74 Monatsbeiträge 22,20. Für rückständig gewesene Billet-Gelder 42,10. Freiwillige Beiträge durch Peckold 10,26. Für Bibliothek- und Arbeitsnachweis-Spinden 11,50. Bibliotheksgelder 0,80. Von der Wohnkommission der Schlosser 25,54. Abgehobene Spargeber (Blumen) 8,75. Summa  $\text{M} 198,04$ . Ausgabe: Auslagen zum Stiftungsfest 1891  $\text{M} 102,10$ . Weise-Unterstützung (April) 16.—. Inserate „Berliner Volks-Zeitung“ 3,90. Inserate „Vorwärts“ 48,60. Auslagen der Liquidationskommission 4,35. Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins überwiesen 21,09. Summa  $\text{M} 198,04$ . An Inventar wurden dem Verband überwiesen: die Bibliothek zu 70 Bänden, 5 Stempel, 4 Stempelkästen, 2 Fragkästen, 2 Gloden, 1 Bücherkoffer, 1 Protokollmappe, 1 Wasserklasse und 53 Protokolle des Metallarbeiter-Kongresses zu Weimar. Nachbenannte Kollegen haben aus der Bibliothek des Vereins Bücher entnommen, und ist deren Einziehung nicht möglich gewesen: 1. Viktor Barowitsch (Internationale Bibliothek, Bd. 5), 2. H. Gräß (Handbuch für Klempner nebst Ullag), 3. Karl Gelbert (Arbeiterschutz-Gesetz), 4. K. Bindner (Beijing's Werk). Die Kommission erachtet alle Dienstgen, welche vorgenannte Bücher zu Gesicht kommen, dieselben anzuhalten, und deren Ablieferung an den Verband zu bewirken. Die Kommission erklärt sich hiermit für aufgelöst, und sind sämtliche noch ausstehende Forderungen an den Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend überwiesen worden. Die Liquidationskommission, J. A.: Karl Unverfähr, Mainzstr. 28.

**Braunschweig.** Am 12. September fand die regelmäßige Versammlung der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer statt; dieselbe war stark besucht, auch ließen sich 6 neue Mitglieder aufnehmen. Sodann erstattete der frühere Vorsitzende Bericht über seine Bekanntmachung in Nr. 11 u. 12 der „Mechaniker-Zeitung“ nur die Thatache des Eingehens der Zahlstelle Berlin. Ferner konstatierte ich, daß der Vorstand den Vorort für den Ausschuss nicht selbst bestimmt hat, sondern mit den Zahlstellen unterhandelt. Beweis: Versammlungsbericht Hannover Nr. 12 der „Mechaniker-Zeitung“ und Frankfurt a. M. Nr. 29 der „M.-A.-Z.“) Ich habe mich in der Resolution ferner gegen die in dem Mundschreiben des ehemaligen Ausschusses aufgestellten Verdächtigungen des Vorstandes verteidigt. Der Ausschuss leidet seine Vermuthung, daß ein Vertrag zwischen Verleger und Vorstand stattgefunden, in so bestimmte Formen, daß er zu dem Schlusse kommt, der Vorstand habe gegen die Schlußfeste des Verbandstages verstoßen. § 26 bestimmt, daß der Ausschuss den Vorstand zu überwachen hat. Hat der Ausschuss nach § 26 gehandelt? Nein! Er wendet sich, ohne den § 26 zu beachten, einfach in seinem Mundschreiben an die Mitglieder des Verbandes und verdächtigt den Vorstand, gegen die Beschlüsse des Verbandstages verstoßen zu haben. Nach dem Tode des Verlegers, des Herrn Berendsohn, lag es im Interesse des Vorstandes und des Verbandes überhaupt, den Mitgliedern gegenüber, den § 24 inne zu halten. Der vom Ausschuss ausgebundete Verbandsstagsbeschluß bestimmt in der Hauptrichtung nur, daß ein bestimmter Ueberabschluß dem Verband überwiesen wird. Im Uebrigen verweise ich auf die Resolution Frankfurt in Nr. 29 der „M.-A.-Z.“, daß Verträge nicht abgeschlossen sind. Dies der Beweis für meine Behauptungen, die allerdings in dieser Platz rauhenden Form hätten unterbleiben können, wenn Herr Pinn, denn nur von diesem ist die Beweisführung und nicht vom Ausschuss, verlangt worden, die Statuten etwas genauer anzusehen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Kollegen zu der Überzeugung gelangen, daß es auch in die „Provinz“ Kollegen gibt, von denen der Ausschuss „noch nie etwas gehört hat“, die sich für Aufrecht-

Kollegen sich fühbar machen und sie bestimmen müsste, sich uns anzuschließen. Hauptächlich richten wir an uns Einzelgenossen das Ersuchen, sich alle an uns anzuschließen, da der Beitrag von 6,- ist so geringer ist, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht. Wie sind als Verbandsmitglieder in ein anderes Stadium eingetreten, da geht es nicht mehr wie früher, daß im Falle einer ausbrechenden Bewegung auch die Nichtmitglieder Unterstützung erhalten. Gerade dieser Punkt ist es, der unsere Kollegen abhält, wohentlich 15,- zu zahlen, weil sie denken: bricht ein Streik aus, so müssen sie uns auch haben, dann werden wir auch unterstützen und ersparen dabei die 15,-. Sicherlich sich aber unsere Einzelgenossen insgesamt an, so haben sie die Meinung ohne den Witz gemacht und können dann ganz einfach nicht arbeiten. Die örtliche Verwaltung gibt sich alle Mühe, um Mitglieder zu gewinnen und wird deren Mühe mit Verdant belohnt. Also auf, Ihr Kollegen, schließt Euch uns an, damit wir auch, wie unsere Kollegen in anderen Städten im Verband vertreten sind. Mehrere Mitglieder der Sektion der Metallarbeiter Nürnberg.

### Heilenhauer.

**Duisburg-Ruhrort u. W.** In der Versammlung vom 6. September wurde in Anbetracht der Abreise verschiedener Verbandsmitglieder zum 1. Punkt der Tagesordnung zur Wahl der örtlichen Verwaltungsmitglieder geschritten. Beim 2. Punkt, Einstellungnahme zum allgemeinen Metallarbeiter-Verband, wurde einstimmig beschlossen, als Fachsleitung beizutreten, da es uns auf diese Art am Besten gelingen wird, die uns fern stehenden Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Sämtlichen an ihre Verpflichtungen zu erinnern und bei Nichtbefolgung die Namen der Betreffenden zu veröffentlichen. In die Liquidationskommission wurden Benz, Dahmen und Kleinberger gewählt. Der Arbeitsnachweis ist bei Kollege Heinrich Dahmen, Springwall 2, Duisburg, und findet Geschäftsauszahlung an Wochentagen von 7—8 Uhr Abends, Sonntags von 12—1 Uhr statt. Wir möchten sämtliche Kollegen bitten, strengstens darauf zu achten, daß das Wissenshauen in Duisburg, Ruhrort und Hamm verboten ist. Zu widerhandelnden wird das Geschenk entzogen, außerdem werden ihre Namen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht.

**Wien.** Achtung Heilenhauer! Hiermit wird bekannt gemacht, daß wegen verschiedener Differenzen und angebrochenen Maßregelungen die Sperre über die Hellsenfabrik Braun's & Höhne in Böhlabruk verhängt ist; folgedessen ist Zugang von Metallarbeitern jeder Kategorie streng fernzuhalten. F. W. Berttanenmann, Josef Ulrich, Hauptvertrauensmann, führt weiter zu wissen, daß wegen Wohndifferenzen die Hellsenauer in Brunn in Streit treten werden; ferner wegen einer Wohnförderung auch die Heilenhauer in Hohenberg. Folgedessen ist Zugang nach beiden Orten streng fernzuhalten. Unterstellungen sind notwendig. Josef Ulrich, Heilenhauer in Wien, Gaudenzdorf, Feldgasse 18.

**Wien.** Hiermit wird zur Kenntnis gebracht, daß mit 1. Oktober d. J. der unentgeltliche Arbeitsnachweis in Kraft tritt. Das Wissenshauen in Wien und Umgebung ist streng verboten. Zu widerhandelnden werden mit Entziehung der Reiselegitimation und des Geschenkes bestraft. Der Arbeitsnachweis befindet sich vom genannten Tage in Gaudenzdorf, Feldgasse 6, in Müller's Gasthaus von 12—1 Uhr Mittags und 6—7 Uhr Abends für jeden Metallarbeiter. Meldungen sind an Josef Ulrich zu richten, welcher auch die Auszahlung des Reisegezeitess hat. Für die Hellsenauer gewerkschaftslos: Alois Böhml, Odmann, Jos. Pilzka, Schriftführer.

### Nieder das unpünktliche Zahlen des Abonnementsgeldes

der Arbeiterblätter schreibt „Der Glaser“: „Die Klage über unpünktliches Zahlen der Abonnementsgelder bildet fast eine stehende Rubrik in den Arbeiterblättern. Diese Beschwerde schreibt man gemeinhin dreierlei Ursachen zu: 1) den schlechten Erwerbsverhältnissen; 2) dem Schleiden der Besitzer resp. Abonnenten und 3) der Baumwolle und allzu großen Nachfrage nach der unter 1 bezeichneten Erwerbsverhältnisse. Man könnte auch noch die 4. Punkt anführen: die Scheu der Herausgeber resp. Leiter des Blattes, einen oder mehrere Abonnenten zu verlieren.“

Schreiber dieses ist nach reiflicher Überlegung zu der Ansicht gelangt, daß eigentlich die unter 3 und 4 angeführten Punkte die Hauptschuld an dem unpünktlichen Zahlen der Abonnementsgelder tragen. Sehen wir uns die Sache aber doch einmal recht genau an. Es wird vom Herausgeber einer Zeitung verlangt, daß dieselbe pünktlich und

einheitlich bestellt wird. Wenn man bedenkt, in welch brutaler Weise die Unternehmer an uns herantreten, sollte man doch meinen, daß das Bewußtsein von unserer Lage in den noch fernstehenden

Branchen eine Fackel ist, die sich für Aufrecht-

Kostenfrei, d. h. portofrei erscheint. Dazu gehört eine vorherige genaue Sichtung des dazu erforderlichen Materials, also geistige und körperliche Arbeit, dann folgt die Drucklegung im Auszug, welcher wiederum durchgelehen werden muss, um eventuell Vor- und Druckschäfer möglichst auszumerzen. Nach Fertigstellung des Drucks beginnt die Expeditionarbeit, also die Verpackung und der Versand; dazu gehören Packmaterial und Frachtmärkte, die Geld kosten, da bekanntlich die Post weder das Porto noch die Marken „pumpt“. Verpackung und Versand ist eine recht ungemütliche Arbeit, sie erfordert viel Zeit und Aufmerksamkeit; dennoch muss alles satt gehen, soll die Zeitung pünktlich zur Post eintreffen. Eine Stunde Verzögerung lässt die Zeitung oft einen halben, unter Umständen einen Tag später in die Hände des Lesers gelangen.

Nun will der Drucker bezahlt sein, der Zeitungsdruck kostet Geld, viel Geld, in ihm steht viel Material und Arbeit. Zeitung drucken lassen auf „Pump“ ist ein übles Ding für den Herausgeber wie für den Drucker; es laufen leicht irgendeure Summen auf. Und nun kommt das Würstliche, nämlich, wenn die Abonnenten faule Zahler sind.

Ich habe gefragt, die Arbeiterblätter klagen über faule Zahler und habe die Schuld den Herausgeber bezw. Eltern beigelegt. Nehmen wir uns einmal die großen Tages- oder Wochenzeitungen der übrig u politischen Parteien mit Ausnahme der Arbeiterpartei zum Gegenstand unserer Betrachtung. Bei dem Abonnement auf diese Blätter gibt es keinen Pump auf „Sitz“, das Abonnementstags muss stets im Voraus, also gleich bei der Bestellung, bezahlt werden. Höchstens wird ausnahmsweise auf einer Monat „gepunkt“, d. h. der Kolporteur in der nachstehende Mann. Da wird seine Rücksicht auf die schlechten Erwerbsverhältnisse genommen, sondern darauf, dass sich die Zeitung halten kann, d. h. dass sie so viel einbringt, um die Kosten der Herstellung zu decken. Lieber keinen Abonnenten, als einen, für den die Zeitung unkontrolliert geliefert wird, dafür noch das Porto bezahlt werden muss.

Der Arbeiter, der Interesse an einer Zeitung hat, die seine Interessen vertritt, der muss auch darauf sehen, dass diese Zeitung bestehen kann, und dies liegt in seiner Hand, sobald er nicht nur für dieselbe agiert, sondern auch das Zeitungsgeld pünktlich und gewissenhaft entrichtet.

Wo das Zeitungsgeld aber ausbleibt, da ist auch ein wirkliches Interesse für die Sache nicht vorhanden und der Herausgeber kann sich unverhohlen sagen, dass er mit seiner gütigen Rücksicht erstens der Sache nicht dient, zweitens den Bestand des Blattes gefährdet hat.

Darum weg mit aller Lauthit da und dort, in Zeitungssachen ferne Pünktlichkeit und Ordnung und beide Teile: Leser und Herausgeber, werden gute Freunde bleiben.

Wir sind vollkommen derselben Ansicht die Rücksicht muss gehörig, es muss mit voller Schiedigkeit gegen sämige Schulden vorgegangen werden.

Aber noch eins thut noth.

Das Unterschlagen von Abonnementzetteln für Arbeiterblätter muss allgemeiner als eine solche ehrlose Handlung angesehen werden, die den Zähler ganz bestimmt von jedem Ehrenamte in der Arbeiterbewegung ausschließt. Muß es nicht gradzu zur Unterdrückung von Abonnementzetteln anreizen, wenn Personen, die sehr erhebliche Summen davon veruntreut haben, als Vertrauensmänner, Abolitionen und in ähnlichen Vertrauensposten Verwendung finden? Muß dies nicht zur Nachreisung solcher Lumpenhaftigkeit geradezu herausfordern? „Neue Zähler-Zeitung.“

mit abzurechnen, da ich nicht in der Lage bin, obige Angelegenheiten länger in Frankfurt zu verwalten.

Mit Gruss  
Max Lange.

## An die Metallarbeiter Thüringens.

Kollegen! Als Bezirksvorsteuermann für Thüringen sehe ich mich veranlaßt, auf Wunsch verschiedener Orte einen Vertretentag für Thüringen auf Sonntag, 1. November, einzurichten. Die vorläufige Tagesordnung ist: Abrechnung von der Agitationssumme, Bericht des Vertrauensmannes und der Delegierten, Begehung der Agitation. Weitere Anträge zur Tagesordnung bitte ich mir baldigst zuziehen zu lassen. Näheres wird später bekannt gemacht. Die Kollegen an den einzelnen Orten werden erucht, umso soweit hierzu Stellung zu nehmen und in öffentlichen Versammlungen Delegierte zu wählen.

Mit kollegialem Gruss  
Paul Gebauer,  
Altenburg, Gleisstraße, 5, II.

Dieser Kollegen, welche sich noch im Besitz von Agitationssummen befinden, werden dringend erucht, in letzterer Zeit mit mir abzurechnen.

D. O.

## An die Metallarbeiter aller Branchen der Provinz von Schleswig-Holstein.

Bezugnehmend auf meine Bekanntmachung vom 13. d. M., thelle ich den Genossen mit, dass die Konferenz am Sonntag, den 11. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Verein A. Siepen (Sanssouci), Kleinstedten, eröffnet wird. Tagesordnung: 1) Bericht und Abrechnung des Bezirksvorsteuermannes. 2) Wahl des Vertrauensmannes. 3) Bericht der Delegierten über die Organisation an Orte. 4) Anträge und Beschiedenes. Die Delegierten werden erucht, mir ihre Anmeldung rechtzeitig zuziehen zu lassen.

H. Lenzau, Neumünster,  
Kleinerstraße 35.

## Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart) f. H. W. Die 6. Verlag ist soeben das 51. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Gerichtsläden und Kästner. — Der Entwurf des neuen Parteidoktrinums. (Fortsetzung). — Die sozialpolitischen Zustände Russlands im Jahre 1890. (Fortsetzung) Von G. P. Chanow. — Einiges über die Blitzfahrt und ihre Bedeutung. — Notizen. — Feuilleton: Ein bitteres Los. Aus dem Italienischen des Herauscomps Novata. Deutlich von B. N. Acquas. (Fortsetzung.)

## Briefkasten.

Th. B., Ingelheim. Nein! Es kann aber ein spezieller Sachsführer gewählt werden, wenn nicht ein Revisor nebenbei diesen Dienst versehen will.

## Vereins-Anzeigen.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Darmstadt. Samstag, 26. Sept., Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal zur „Stadt Nürnberg.“ T.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Entgegennahme der Beiträge. Regelung der Vereinsabende und Beischiedenes. Die Mitglieder werden erucht, will die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, recht zahlreich zu erscheinen. — Den reisenden Mitgliedern diene zur Rücksicht, dass hier die Herberge in der Schlossapotheke bei Herrn Gustav Blome zur „Stadt Mainz“ befindet und die Unterkunft bei Karl Wohlgemuth, T.-O. im Lokal.

Heidelberg. Sonnabend, 3. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung.

Frankenthal. Samstag, 26. Sept., Abends halb 9 Uhr bei Groß, Mitglieder-Versammlung. Die wichtige Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Diejenigen, welche ihre Mitgliedsbücher noch nicht haben, werden gebeten, dieselben in Empfang zu nehmen.

Göttingen. Montag, 28. Sept., Abends halb 9 Uhr öffentliche Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal „Hirschfelder Viehalle.“ T.-O.: Aufnahme von Mitgliedern und Vortrag. Pünktliches Erscheinen ist notwendig. — Ferner machen wir nochmals darauf aufmerksam, dass jeden Soanabend vor dem 15. Jahrabend und

jeden Montag vor dem 1. Versammlung stattfindet.

Königsberg. Samstag, 26. Sept., Abends 8 Uhr, außerordentliche General-Versammlung im Vereinslokal „Zum Mond.“ Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder nötig.

Kaiserslautern. Samstag, 26. Sept., in der Wirtschaft zur Eiche, Glodenstraße, Versammlung. Von da ab regelmässig alle 14 Tage Samstage. Den durchreisenden Mitgliedern diene die Nachricht, dass die Unterhaltung bei dem Bevollmächtigten Dan. Lehwing, Albrechtstraße 18, Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr aus bezahlt wird.

Linden. Montag 28. Sept., Abends halb 9 Uhr Versammlung im „Gauänder.“ T.-O.: Geschäftliche Mitteilung. Vortrag des Naturheilpraktikers Herrn Römer. Abrechnung vom Monat August.

Magdeburg. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, 27. September, Nachmittag, 3 Uhr, Versammlung bei O. Hohe, Brauhofstraße 3. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 3. Oktober Abends halb 9 Uhr, im großen Saale des Gas-Werk, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung sehr wichtig, dieselbe wird im Volks bekannt gegeben.

Nürnberg. (Sektion der Roth- und Glanzgiher.) Sonntag, 4. Oktober, Vormittag, 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung in den „Drei Königen“ (Theatergasse). Die Kollegen werden erucht, vollzählig zu erscheinen. Einwiger Wohnungswechsel ist sofort dem Einsammler H. Weiß, Luisenstraße 41, anzugeben, damit die Beiträge rechtzeitig einkassiert werden können.

Nürnberg. (Sektion d. Metallschläger.) Samstag, 26. Sept., Abends 6 Uhr, Verwaltungssitzung. — Der Arbeitsnachweis ist geschafft Abends von 7—8 Uhr, Sonntags von 10—11 Uhr Vormittags, er befindet sich bei Kollege Anger, Frauenhoferstraße 12. Umschauen in den Werkstätten ist verboten. — Die Mitglieder, welche noch Bücher zur Verbesserung der Bibliothek haben, wollen dieselben baldmöglichst einjenden.

Nürnberg. (Sektion der Holz- und Glanzgiher.) Sonntag, 4. Okt., Nachmittags, Zusammenkunft bei Herrn Bick, Wassergasse in Fürth.

Nürnberg. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, 27. Sept., Vormittags 10 Uhr, im „Wilde Mann“ in Wöhrendorf, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. — Der Arbeits-Nachweis der Feilenhauer befindet sich nach wie vor im „Wilden Mann“ in Wöhrendorf. Arbeits-Beratung, Sonntags Früh von 10—12 Uhr, an Werktagen von Mittags 12—1 Uhr, Abends von 7—8 Uhr. Umschauen streng verboten. — Diejenigen Kollegen, welche noch Fragebögen in Händen haben, werden erucht, dieselben umgehend an den Bevollmächtigten abzuliefern.

Nürnberg. Zur Beachtung! Die Reiseunterstützung wird hier an Bandemitglieder aller Branchen bis auf Weiteres von der Beutzaustellung, Expedition der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“, Weizsäckerstr. 12, Unterhaus, 2. Treppen, von 9—11 Uhr Vormittags, von 3—6 Uhr Nachmittags, an Sonntagen von 10—11 Uhr ausbezahlt. Die Auszahlung erfolgt ohne vorherige Anmeldung bei einer Ottoverwaltung. — Die etwa abreisenden Mitglieder der hierigen Sektionen haben sich vorher bei ihren Bevollmächtigten abzumelden, worauf ihnen durch die Beutzaustellung die Reise-Legitimation ausgestellt wird. Ohne Reiselegitimation wird niemals Unterstützung bezahlt.

Ohligs. Sonntag, 27. Sept., Nachmittag 5 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Karl Wohlgemuth, T.-O. im Lokal.

Pelkum. Sonntag, 3. Okt., Abends 6 Uhr, Versammlung.

Weimar. Sonnabend, 26. September, Abends halb 9 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal, Gr. Dahn, Herbederstraße. T.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Berichterstattung des Delegierten von der Elberfelder Konferenz. Beschiedenes.

Witten. Sonntag, 27. Sept., Nachmittag 5 Uhr, Versammlung im Vereinslokal, Gr. Dahn, Herbederstraße. T.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Berichterstattung des Delegierten von der Elberfelder Konferenz. Beschiedenes.

Wurzen. Die restirenden Mitglieder ersuchen

ich, ihre Verpflichtungen nachzukommen, indem

ich auf § 3 a verweise. Diejenigen Kollegen,

wie ihr Verbandsbuch noch nicht geben,

könnes selbsts. bei Jg. Schüller, Torgauer

straße 35, oder in den Versammlungen besuchen, ebenso auch die Zeitungen.

Der Vertrauensmann.

Augsburg. (Formierunterstützungsverein.) Es diene zur Kenntnis, dass das Unternehmen nicht mehr notwendig ist. Das Geschäft kann nur beim Kollegen Franz Stellermann beansprucht werden, entweder bei L. A. Ri dinger, oder in der Wohnung, Brüderstraße 10. Auch ist zu bemerken, dass Willi Fuchs und Martin Weißler abgereist sind ohne ihre „Metallarbeiter-Zeitung“ zu bezahlen.

Kaiserslautern. (Formier-Verein.) Samstag, 26. Sept., Abends halb 9 Uhr, vierteljährliche Generalversammlung. T.-O.: Erhebung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag über den Arbeitsauftrag eb. Übertritt zum Metallarbeiterverband. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder erachtet, vollzählig zu erscheinen. Die nicht Anwesenden haben sich dem Beschluss der Generalversammlung zu fügen.

Burgen. (Metallarbeiter-Verein.) Montag, 5. Oktober, in „Stadt Wien“, Generalversammlung. T.-O.: Wahl eines 1. Vorsitzenden. Vortrag. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge.

## Anzeigen.

### Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 20. Sept., entstieß nach langer schwerer Krankheit meine liebe Frau und treubesorgte Mutter

Marie, geb. Baumann, im 38. Lebensjahr. Fleiß tröstete sie mit weinen zwei unruhigen Kindern an der Seite der uns so lieb Einsiedler. Um ihres Beileids willen

Schwerin, 20. Sept. 1891.

W. Tappert.

Es ist erschienen:

### Protokoll des allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Kongresses und der

Kongresse der Klempner, Schlosser, Formier, Feilenhauer und Mechaniker zu Frankfurt a. M. 1891.

7½ Bogen (124 Seiten). Preis 20 Pf. Bestellungen sind umgehend zu richten an den „Deutschen Metallarbeiter-Verband“, Stuttgart, Kurzestraße 3.

### An alle Formier Deutschlands!

Empfehl den Kollegen meine voriglichen Formerpinsel:

Nr. 0. Dgo. M 1,50, Nr. 1 p. Dgo. M 2,20, " 2 " 8,50, " 3 " 4,20, " 4 " 5,50, " 5 " 8,— " 6 " 9,50, " 7 " 12,— " 8 " 14,50.

Breite Pinse: 1 Zoll breit pro Dutzend M 5,50, 2 Zoll breit pro Dutzend M 9, 2½ Zoll breit pro Dutzend M 12,50, 3½ Zoll breit pro Dutzend M 17. Fachvereine erhalten 10 Prozent Rabatt.

H. Weiland, Fürstenwalde a. Spree, Eisenbahnstr. 83.

Ich ersuche die Brüder und Schwestern um die Adresse des Feilenhauers Paul Haber. Geld vorhanden.

Ph. Kramer, Feilenbauer, Friedhofshofen a. M.

Ein tüchtiges Feilenhauer gegen hohe Lohn jetzt gesucht. Beisegeld wird vergütet.

J. P. Werner, Göttingen.

### Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel-Fabrik

von Jean Holze, Hamburg, gr. D. h. Bahn 45.

Seit 12 Jahren Lieferant für militärische bestehende.

Deutsch-Franzosen-Fassen und ca. 5000 Fassen u. a. Deutsche Deutschlands, in Amerika.

Beste Bezugssquelle.

Schnellste Bedienung.

Solide Preise.

Der Versand geschieht portofrei.